

INFO BERLINER UNDOGMATISCHER GRUPPEN 20

21.7.1974 WÖCHENTLICH DM 0.50

PROTOKOLL VOM MITTWOCHS-PLENUM 17/7

neben den sog. unorganisierten waren genoss(inn)en aus folgenden gruppen anwesend : chile-komitee, stadtteilgruppen kreuzbg. charlottenbg. richardplatz, asp kreuzbg. Rh im psy. bereich

ferienregelung : obwohl die reihen schon stark gelichtet waren und mit fortschreiten der semesterferien noch lichter werden, bleibt das mittwochsplenum während der ferienzeit bestehen. das INFOwird mit der heutigen nummer bis zum 1.september eingestellt. das mittwochsplenum kann bei bedarf jedoch sondernummern herausgeben.

finanzlage : die kasse hat z.zt. ein minus von 2oo dm, die wiederverkäufer werden aufgefordert, ihre außenstande zu begleichen.

schweden : da zwei genossen vom verbund kommunist aus schweden anwesend waren, nutzten wir die gelegenheit zur information über die linke im reformistischen wunderland,- auf welche bedingungen sie stößt.
hatte es von 1945-69 keine streiks mehr in schweden gegeben, so häufen sich die "wilden"streiks in den letzten jahren. die gewerkschaft schwedens trägt diese nicht, sie ist noch im weit stärkeren maße als bei uns sozialdemokratisch verkommen bzw. zur arbeitslosenunterstützungsgesellschaft abgesunken. das bewußtsein der kollegen über "ihre"gewerkschaft wächst jedoch, nur hat das sehr oft zur folge, daß die kollegen sich total aus der gewerkschaftsarbeit zurückziehen. aufgabe des verband kommunist ist es, die kollegen zu reaktivieren, um so die gewerkschaft zu verändern.
ein durchschnittliches krankschreiben von 2o% in der autoindustrie, sowohl die fehlerhafte produktion - formen des individuellen streiks - (bei saab ist seit vier jahren kein fehlerfreies auto zur endkontrolle gekommen)-macht es der autoindustrie zur aufgabe, die produktion von der zerstückelten fließbandproduktion in einen kleingruppenarbeitsprozeß mit arbeitsrotation umzustellen. vorteil: arbeit ist nicht mehr ganz so monoton, arbeiter können untereinander selbst bestimmen wie,wann wer was macht - bei vorgegebenen zielen natürlich.
nachteil: moment des zusammenschlusses und der damit verbundenen tendentiellen solidarität ist zerschlagen, die einzelnen arbeitsgruppen kommen nicht in kontakt mit anderen, getrennte kantinen und getrennte eingänge.
die linke szene in schweden ist in etwa mit der unsrigen zu vergleichen. so ziemlich jede gruppe mausert sich rasch zur partei und unterliegt so den bürgerlichen politikzwängen.
eine spontibewegung,die mit der berliner zu vergleichen ist, gibt es nicht -(spontibewegung wird hier als bloße negation zu den ml-gruppen angesehen-) die schwedischen genossen sagten, daß liegt auch daran, daß die schwedischen ml-stalin-gruppen nicht gar so dogmatischsind wir hier.
auf die antikapitalistische bewegung reagierte der staat mit änderung der verfassung, durch verschärfung der notstandsgesetze, der terroristengesätze und des pressegesetzes.
berufsverbote für interlektuelle im staatsdienst gibt es nicht, sind jedoch auch nicht notwendig, da ein überangebot an arbeitskräften besteht, eine ablehnung daher nicht politisch begründet werden braucht. in den betrieben bewirken schwarze listen der industriellen das ihrige,
auch die hochschulen werden immer mehr von reaktionären bzw, reformerischen gruppen majorisiert, die einzigen revolutionäre gruppe,die sich gehalten hat, sind die trotzkisten. die unsicherheit um den späteren arbeitsplatz bewirkt ein zurücktreten der außeruniversitären politik an den hochschulen, der erfolgsdruck der z.t. in der tatsache begründet ist, dass sämtliche stipenidien nach beendigung des studiums zurückgezahlt werden müssen, kann als gewichtiger grund gesehen werden. auch hier scheinen unsere sozialdemokraten von ihren schwedischen genossen gelernt zu haben.
die kämpfe im reproduktionsbereich kreisen zum größten teil um die sog. stadtteilhäuser (hier trifft sich die bevölkerung aus dem stadtteil). kämpfe um die selbstverwaltung dieser häuser sind jedoch nur im einen fall bekannt.
in der letzten zeit entwickelt sich eine starke musikbewegung,die mit progressiv-politischen texten zur agitation beiträgt.

kritik an INFO 19

ein genosse kritisierte, daß der artikel über die "bücherboutique" abgedruckt worden ist, da er unsolidarisch sei und der schreiber offen-

sichtlich falsche informationen geben würde. entgegnung: dies sei zum größten teil fehler des buchladenkol. als ein teil der bewegung hätten sie die pflicht gehabt, ihre umbauschritte in der linken öffentlichkeit zu diskutieren und zu begründen. das buchladen kol. soll aufgefordert werden stellung zu beziehen. weiter wurde beschlossen, auf einem mittwochsplenum im september mit vertretern der linken buchläden, des vertriebs und der druckereien über die lage der gedruckten linken gegenöffentlichkeit zu diskutieren. das westberliner buchladen kollektiv existiert praktisch nicht. ein gemeinsamer, und damit billigerer, einkauf der angestrebt war, sei durch die handlung der genoss(inn)en vom sayyniplatz verhindert worden, berichtete eine genossin, die darüber aus eigener erfahrung weiß. Von den sog. profiten, die die buchläden für die praktische linke zur verfügung stellen, kann kaum die rede sein. von einem nichtstud. genossen wurde beklagt, das nichtstudenten kaum die möglichkeit haben an linke literatur heranzukommen. mit den heutigen artikeln zur diskussion über den "fall schmücker/ 2. juni" soll diese im INFO erst einmal abgeschlossen werden. aufgabe des mittwochsplenums in den nächsten wochen soll es sein, eine gemeinsame stellungsnahme zu versuchen. das ergebniss soll dann abgedruckt werden.
Insgesamt wurde darauf hingewiesen, daß das mittwochsplenum versuchen sollte, mit der zeit zu einigen dingen stellung zu beziehen; eine diskussion über das gum- positionspapier wurde erneut vorgeschlagen (genossen und natürlich auch genossinnen, die dazu lust haben, können sich auf dem mittwochsplenum treffen).

TERMIN : jeden mittwoch im sozialistischen zentrum in der stephanstr. 60 MITTWOCHSPLENUM für die berliner undogmatische linke

Ex-Fixer, zur Zeit im Knast, möchte Besuch, und, wenn's geht, von einem Mädchen, das seine Lage versteht. Gibt's sowas? Wäre dufte!
Adresse: Henry Freudenberg
1000 Berlin 27
Seidelstraße 39

Zypern - Demos am 21.7.74

Die SEW konnte als Konkurrenzunternehmen zur KPD/AO nicht anders, als sich auch zum Aktuell-Kaugummi Zypern zu äußern. Der Hintergrund der März-fünfundsiebzig-Wahl wurde wieder durch vielfachen Brustbehang in Form des SEW-Meinungsknopfes in den Vordergrund gespielt und damit der Bevölkerung bewiesen, daß es sie auch noch gibt. Mit ca. 1500 Leuten, renomiert - international besetzt, mit einer türkischen und griechischen Fahne voraus, zog man von der Polizei gut vor der Bevölkerung geschützt, lasch "Friede-Freundschaft-Solidarität" drillernd den Ku'damm hinauf. Die Resonanz blieb wie immer bei diesen Studentenumzügen aus.

Spontaner, lauter und solidarischer ging es bei der reinen Türken-Demo zu, die dem SEW-Zug in etwa 1 km Entfernung folgte. Immer wieder reihten sich Türken spontan hinter der National-fahne in den Zug ein. Bei dieser Demo handelte es sich aber nicht um ein linkes Statement (von Movement kann man eh' seit mehreren Jahren nicht mehr sprechen), sondern um eine Pro-Türkei-Invasion - Demo. Trotzdem mußte auch hierbei das Amerikahaus geschützt werden.

Da diese Gruppe weder Sprechchöre auf deutsch verlauten ließ, noch Transparente in deutscher Sprache mit sich führte, wurde deren politische Orientierung nicht klar. (Handelte es sich etwa gar um türkische Faschisten ?)

2 Mädchen aus einer ehemals vierköpfigen WG suchen 2 Leute, damit wir unsere Miete bezahlen können: Wer hat Lust, ab 1. August bis Ende der Semesterferien (22. Okt.) mit uns zusammenzuwohnen ??
Irene Pregitzer - Renate Schulte
1 Berlin 36
Adalbertstr. 94, Fabriketage,
III. Stock.

am samstag dem 20.7. führte die a-null-rote hilfe eine solidaritätsdemo für die raf-genossen durch, in kreuzberg.
wir gingen auch hin, in der hoffnung, daß sich auch die rote-hilfe(stephanstraße) oder das 'komitee gegen folter' daran beteiligen würde, wenigstens aber ein sponti-block zustande kommen würde.
dem war aber nicht so.
wir wollen nicht weiter hinterfragen, warum nur die kpd samt massenorganisationen die demo durchführte, weil wir die momentane situation - unddiskussion bei den sponti-rh's und komitees nicht kennen, doch finden wir es recht merkwürdig, daß von dieser ('unserer') seite nichts zu der demo kam, nicht einmal ein flugblatt, warum man nicht teilnimmt oder so.
es ist schon bedauerlich, daß die sponti-linke zum asdonk-prozeß nichts, aber auch garnichts auf die beine gestellt hat. merkwürdig ist auch, daß man über schwierigkeiten (außer finanziellen) nichts von der roten hilfe (stephanstraße) erfährt!

so wurde die bereitschaft, die schweinereien gegen die raf-genossen in die öffentlichkeit zu tragen, wieder einmal der a-null überlassen, die sich allerdings mit ihren 250 figuren durch kreuzberg gründlich blamierte.
wir standen am demo-treffpunkt und waren ziemlich unschlüssig, was wir machen sollen, unter riesigen organisationstransparenten mitzumarschieren oder abzudampfen. in diskussionen mit einigen ao-typen waren wir in einer zwielichten position. denn ihre forderungen auf transparenten und über lautsprecher waren so abgefaßt, daß man eigentlich hätte mitgehen können, was uns wunderte, denn wir sind aus dieser richtung ja einiges gewohnt. die ao-typen sagten, daß sie trotz regen und urlaubszeit immerhin versuchen, was zu machen, dem konnten wir nicht viel entgegenhalten, waren wir doch recht sauer, daß nur kp'ler da waren.

wir liefen nicht mit, obwohl wir eigentlich nicht genau wußten, warum nicht, außer daß es eben eine prozession der kpd-rote hilfe war.
wir sind uns nicht im klaren darüber, ob unsere entscheidung richtig war.

5 neuköllner genossen

Zufällig bin ich gerade im Info-Büro und lese den Artikel über die RAF-Demo von den 5Neuköllner Genossen. Dazu willich gleich mal als Privatperson sagen was ich dazu weiß.
Also unmittelbar nach dem Urteil haben sich die Genossen vom Folterkomitee,vom Häftlingskollektiv,von der RH und von der Gim getroffen um eine Demo vorzubereiten.
Die Lage wurde so eingeschätzt,daß diese Gruppen nur etwa 500 Leute auf die Straße bringen könnten. Man entschloß sich deshalb mit der KPD zu verhandeln. Die KPD zog die Verhandlungen daraufhin unheimlich in die Länge, weil die Gruppen verlangten,sie solle ihre Parteifahnen zuHause lassen. Schließlich sagte sie dann ab. Ohne Begründung. Die Gruppen wußten nicht, daß sie heimlich beschlossen hatte, eine eigene Demo zu machen.
Ein echter Bündnispartner,unsere KPD!Verhandeln heißt bei denen offenbar hinhalten.
Zu dem Prozeß wurde übrigens auch ein Flugblatt mit der Aufforderung zum Prozeß zu kommen vom Folter-Komitee und dem Häftlingskollektiv gemacht. Es kam nur leider niemand.
Die Frage nach der Existenz der RH ist allerdings berechtigt. Es muß dringend diskutiert werden, wie und wer ihre Funktionen übernehmen kann,bzw. ob sie wieder aufzupäppeln ist.

Eine Neuköllner Genossin.

---

5 Zimmer Wohnung zwecks Wohngemeinschaft gesucht.Bitte wenden an: Axel Hartung,1B-65,Liebenwalderstr. 16.(Oder beim Info-Büro anrufen.

Sozialpädagogische Sondermaßnahmen Berlin e.V. sucht dringend Sozialarbeiter(Genosse,in,evtl.mit Erfahrung gegenüber der Senatsbürokratie). Meldungen und weitere Informationen im Tommy Weisbecker Haus.1B-61 Wilhelmstr.9 Tel.2519083 oder beim Mittwochsplenum im TWH 19.30.

Antwort des Buchladenkollektivs auf die Artikel im INFO-BUG 19 s.4-5

Wir haben uns gründlich überlegt, ob wir zu den beiden Pamphleten über unseren Laden überhaupt Stellung nehmen sollen; denn wir sind der Meinung: anonyme Artikel sind grundsätzlich Scheiße, selbst wenn der eine Artikel die Unterschrift "Neuköllner Genosse" trägt, so ist damit die Anonymität noch lange nicht aufgehoben, denn soweit uns bekannt ist, gibt es in Neukölln mehr als nur e i n e n Genossen. Die Richtung jedoch, aus der das kommt, scheint uns nicht unbekannt. Solche Argumente sind auf Sitzungen der Verlage und Buchläden oft gegen die drei Buchläden vorgebracht worden. Bei dem andern Artikel fällt uns auf, daß fortwährend von "ich" die Rede ist, und an einer entscheidenden Stelle, nämlich wo es um die Kohlen geht, von "uns", hier wird der Einzelne zur gesamten Linken. Der Verfasser hat keine Ahnung, er hat hier und da was aufgeschnappt und zusammenhanglos wiedergegeben. Er hat sich 'informiert'.
Da es aber durchaus sein kann, daß sich hinter künstlichen Mißverständnissen wirkliche Mißverständnisse verbergen, Gehen wir auf die beiden Artikel ein, um die Mißverständnisse aus der Welt zu schaffen. Aus beiden Artikeln spricht ein Unverständnis über die Notwendigkeit unseres Umzugs. Wer unseren alten Laden kennt, dem müßte aufgefallen sein, daß wir aus allen Nähten geplatzt sind, keine Lagermöglichkeiten und keinen Büroraum hatten, was einerseits den Kunden die Übersicht und andrerseits uns die Arbeit sehr erschwert hat. Wieso ist nicht klar, daß die Vergrößerung in einen neuen Laden keine qualitativen Veränderungen mit sich bringt? Wir haben halt keine neuen Bücher für den neuen Laden eingekauft, sondern einfach die alten mit rübergenommen, und die allerdings in neue Regale gestellt. Denn unsere alten Regale benötigen wir für den Fremdsprachenabteilung, die wir im Herbst im alten Laden eröffnen wollen!!!!!
Zum Ausbau des Ladens und zu dem Vorwurf, daß wir keinen Handschlag selbst gemacht hätten, bleibt nur zu fragen, wie sich der Artikelschreiber vorstellt, wie man gleichzeitig verkaufen und einen neuen Laden einrichten soll? Daher haben wir eine Reihe von Genossen gefragt, ob sie uns - gegen Bezahlung - helfen könnten. Es wurden auch mehrere vage Zusagen gemacht, die aber dann nicht eingehalten wurden. Übrig blieben vier Genossen, die während der dreimonatigen Umbauzeit kontinuierlich mitgearbeit haben.
Da wir den Laden in seinem ursprünglichen Zustand nicht einrichten konnten, mußten Durchbrüche gemacht werden, Wände eingerissen werden, eine Heizung installiert werden und Stromleitungen völlig neu verlegt werden.
Für diese Arbeiten haben wir allerdings Fachleute wie Heizungsbauer, Klempner, Elekriker, Maurer, und man staune: einen Architekten benötigt! Manchem Genossen scheint nicht klar zu sein, daß für solch Um- und Einbauten Bauvorlagen erstellt und von der Bauaufsichtsbehörde abgenommen werden müssen. Am Rande bleibt nur anzumerken, daß dieser Architekt, den wir da "antanzen" ließen, anstatt seines ihm nach Gebührenordnung für Architekten zustehenden Honorars von 9000.- nur 3000.- gefordert und erhalten hat. Die "Handwerker", die neben den von uns bereits erwähnten Genossen mitgearbeitet haben und die die qualifizierteren Arbeiten ausgeführt haben, sind ein Kollektiv, die sich selbst bei einer durchschnittlichen 50 Stundenwoche ein Bruttogehalt von 1500.- auszahlen!
Da wir gerade bei dem Thema Geld sind und dies, wie man hört, mittlerweile Scenegespräch Nr. 1 an linken Kneipentischen ist, Wetten abgeschlossen werden, "bringen sie die Zahlen oder nicht", doch, wollen wir den Spekulationen ein Ende setzen: unser Laden hat 60000.- in Worten: sechzigtausend Deutsche Mark gekostet. Und die setzen sich wie folgt zusammen: Heizung 11 000, Fußboden 4 000
Regale, Büro und Packtische 14 000
Elektrik 3 000, Klempner 2 000
Materialien, z.B. feuerfeste Türen, Steine Farben etc. 4 000, selbstverständlich sind in diesen Posten die Arbeitslöhne der "Handwerker" enthalten. Hinzu kommen noch 3 000 für den Architekten, 14 000 an Löhne für die vier Genossen und 5 000 Abstand.
Es ist klar, daß wir uns das Geld leihen mußten, was wir zinslos abzahlen können. Es ist auch klar, daß wir weiterhin die Genossen im Knast mit Büchern unterstützen, was monatlich ca. 1000 DM ausmacht. Abschließend können wir nur bemerken, daß sich eine linke Gegenöffenlichkeit nicht dadurch herstellt, daß man linke Bücher liest, sondern danach, was man macht, wenn man die Bücher gelesen hat. Und was die bürgerlichen Verlage angeht, die bei uns ausliegen, so bieten wir diese Bücher deshalb an, weil in ihnen linke Inhalte vermittelt werden, und nicht, weil sie in bürgerlichen Verlagen erscheinen. Fragt doch mal die Genossen/Autoren, warum sie in bürgerlichen Verlagen veröffentlichen.

Buchladenkollektiv: Marion, Renate und Wolfgang, die andern sind leider in Ferien

Bank-Pleite

In Anlehnung an den im letzten INFO erschienen Artikel über die Bank-Pleite Herstatt, soll hier eine Folgewirkung angesprochen werden.

Man konnte in den Tagen und Wochen nach dem Bankzusammenbruch in allen Zeitungen Balkenüberschriften lesen, die den Sparern, nicht nur jenen bei Herstatt, Trost spenden sollten, die ihnen das Vertrauen in "ihre" Bank aufrecht erhalten helfen sollten. Man konnte in allen möglichen Publikationsorganen Aussagen führender "Banker" hören, die sich bemühten, mit möglichst treuem Blick, in väterlicher Manier, so zu tun, als ob dieser Vorgang einer von der Sorte: "das normalste von der Welt" sei.

Warum war man so außerordentlich stark um Image-Pflege bemüht? Warum hat die Bundesbank in aller Eile einen Feuerwehrfonds in Höhe von 150 Mil bereitgestellt?

Die Antwort die man geben müßte, würde ein sehr ausgeklügeltes Netz von gesetzlichen Bestimmungen, von ökonomischen Vorgängen etc umfassen müssen. Ein Aspekt nun, der sich mit der Tatsache beschäftigt, daß weitaus mehr Geld im Umlauf ist, als tatsächlich vorhanden, soll hier angerissen werden.

Würden alle Sparer auf einen Stichtag ihr Geld ausgezahlt haben wollen, das Wirtschaftssystem würde zusammenbrechen -heißer Tip... auf geht's, abheben!!

Der Gesetzgeber hat der Bundesbank die Aufgabe erteilt, den Geldumlauf zu regeln. Von der Regierung ist sie unabhängig. Soweit es mit ihrer Pflicht, die Währung zu sichern, vereinbar ist, hat sie die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung zu unterstützen. Die Höhe des Banknotenumlaufs unterliegt nur dieser Zielsetzung, aber keiner Deckungsvorschrift(zB durch Gold, Devisen oder Waren).

Produzenten des Bargeldes sind die Bundesbank (Papiergeld) und der Staat (Münzen). Produzenten des Giralgeldes (nicht real vorhandenes Geld) sind neben der Bundesbank die Geschäftsbanken, die Herstatts, die Dresdner B, die Deutsche B., und Co.

Die Banken nehmen Gelder herein (Einlagen von Sparern zB) und leihen sie als Kredite wieder aus. Aus der Differenz der Zinsen für Einlagen (die müssen sie an die Kunden zahlen, deswegen sind sie auch so niedrig) und Kredite (deren Zinsen allerdings sind sehr hoch, die bekommt nämlich die Bank), das ist die Zinsmarge, sowie aus sonstigen Einnahmen (Gebühren, Provision, Devisenspekulation) bestreiten sie ihre Aufwendungen -Marmorpaläste in der City. Sieht man von ökonomisch unwesentlichen Besonderheiten ab, kann man Banken als Geldhändler bezeichnen, die von ihrer Handelsspanne, der Zinsmarge, leben -wie man sieht nicht schlecht.

Bei der Geldproduktion (also Giral- oder Buchgeld) handelt es sich um eine sekundäre Geldproduktion, im Gegensatz zur primären der Bundesbank.

Diese sekundäre Geldproduktion ist also unmittelbar abhängig von der primären, d.h. , die Bundesbank verfügt über Möglichkeiten (geldpolitische Instrumente zB. Mindestreserve), auf die Geldproduktion der Banken einzuwirken.

Und noch was vorweg, bevor erklärt werden soll, wie man aus 1250 DM 5000 DM macht. Eine Bank kann deswegen nicht willkürlich Geld "produzieren", weil sie sich jeder zeit bereithalten muß, die Abhebungen der Kunden in Bargeld auszuzahlen.

Die Bank muß also eines Tages damit rechnen, daß die Einlage des Kunden ganz oder teilweise bar zurück verlangt wird. ABER: die Bank hat viele Einleger, so daß ein ständiger Austausch abgezogener durch neu eingelegte Beträge erfolgt. Die Bank weiß aus Erfahrung, daß sie nicht zahlungsunfähig wird, wenn sie nur einen Teil der Einlagen als Bargeld im Tresor hält.

So: Die Bundesbank kontolliere die Geldproduktion der Banken, indem sie ihnen bestimmte Beträge, die in ihrer Höhe wechseln können, vorschreibt, die sie von ihren Kundeneinlagen abzweigen und bei der Bundesbank hinterlegen müssen (Mindestreserve). Und wenn man jetzt mal annimmt, diese Mindestreserve betrage 10% der Einlage, und wenn man von einer Einlage in Höhe von 1250 DM ausgeht, dann geschieht folgendes:

1250 DM werden auf die Bank gebracht, 10% = 125 DM muß die Bank bei der Bundesbank hinterlegen. der Betrag ist weg, mit dem kann die Bank nichts mehr anfangen. Außerdem behält sie noch einen betrag zurück, um eventuell Kunden auszahlen zu können, wir nehmen an auch 10% der Einlage, also 125 DM. Insgesammt bleiben also 1000 DM über, die für eine Ausleihung zur Verfügung stehen. Gelingt es der Bank nun diesen Betrag auszuleihen. erhält der Kreditnehmer eine Gutschrift auf seinem Konto (deswegen Buchgeld). Bezahlt der Kreditnehmer mit dem Betrag zB Waren im Wert von 1000 DM durch Überweisung auf ein Konto bei einer anderen Bank, führt das dort zu einer Einlage. Der selbe Prozeß kann von vorne beginnen.
Die Höhe der Einlage bei der zweiten Bank beträgt 1000 DM, zwei mal 10% müssen abgeführt bzw zurückgehalten werden (200 DM), wie vorher auch, es bleiben dieses Mal also noch 800 DM für Kreditgeschäfte übrig, die dann bei der nächsten Bank wieder zur Einlage werden.
Naja, wenn man das aufsummiert (das ist aber bloß eine theoretische Spielerei, die in Wirklichkeit so nicht vorkommt), dann ist es eben möglich, aus den hier angenommenen 1250 DM 5000 DM zu machen!
Wie gesagt, soviel wirds wahrscheinlich nicht werden, aber wenn man annimmt, daß "nur" 2500 DM oder so daraus werden, dann ist das auch schon genug, um unseren "Bankern", für den Fall, daß auf einmal viele Leute ihr Geld wieder haben wollen, weil sie kein Vertrauen haben, weil zB Herstatt Pleite gemacht hat, schlaflose Nächte zu bereiten, um sie zu veranlassen, so'n Zeug da zu reden: kein Grund zur Besorgnis, alles normal, sowas kommt in unserer Marktwirtschaft schon mal vor, ja ist sogar nötig, ein Zeichen einer überaus gut funktionierenden MARKTWIRTSCHAFT.....

P.S. Die Mitglieder der Wirtschaftsredaktion haben ihr Geld schon abgehoben -soweit vorhanden- und sind in Ferien gefahren!

Genossen vom Info
(auch Rote Hilfe und Stadtteilgruppen)

Ihr solltet uns als HEZ - Redaktion etwas mehr unterstützen mit

- der Bekanntgabe von Terminen
- dem Abdruck von Anzeigen etc.(Austausch)

um ein wenig auch gegen die KPD und v.a. ihre Rote Hilfe, die jetzt häufiger Anzeigen in der HEZ abdrucken wird, besseres Material und 'linie' entgegenzustellen.

Termine und Kontaktadressen sollten immer zur Mitte des Monats im HEZ-Laden sein 1 - 61 Urbanstr. 126 Tel. 6918311



Soz. Grüße

Redaktionsschluß und öffentliche Redaktionssitzung immer am letzten Sonnabend des Monates im Redaktionsladen.

Herausgeber:Erzieher in Praxis und Ausbildung, im Sinne des Pressegesetzes Detlef Tartsch.

Anschrift der Redaktion:
1 Berlin 61, Urbanstr. 126
(Laden) Tel. 030/691 83 11

1,05 Millionen Wohnungen

Nach dem letzten Stand der Erhebungen des Statistischen Landesamtes (31. Dezember 1973) gibt es in West-Berlin insgesamt 162 214 Wohnhäuser mit 1 050 419 Wohnungen. Die meisten Wohngebäude hat Reinickendorf mit 27 864 vor Neukölln mit 23 732. Die meisten Wohnungen gibt es dagegen in Neukölln mit 146 199 vor Reinickendorf mit 113 951. Die wenigsten Wohngebäude hat Tiergarten (4263), die wenigsten Wohnungen dagegen Zehlendorf mit 39 927. Der bevölkerungsärmste Bezirk Zehlendorf (87 200 Einwohner), übertrifft jedoch mit der Anzahl der Wohngebäude von 14 693 die wesentlich bevölkerungsreicheren Bezirke Kreuzberg, Wilmersdorf und Schöneberg um das doppelte, Wedding um nahezu das doppelte und Tiergarten um mehr als das dreifache. Mit der Anzahl von Wohnungen mit sieben und mehr Zimmern liegt Zehlendorf mit 3579 an der Spitze aller Bezirke. Der bevölkerungsreichste Bezirk Neukölln (280 000 Einwohner) hat von so großen Wohnungen nur 741, Wedding 197.

TAGESSPIEGEL 14.7.74

Zum Tod Ulrich Schmückers und dem Verhältnis der Genossen zum 2. Juni

Der Tod Ulrich Schmückers hat eine Diskussion über die Beziehungen der in der Legalität arbeitenden Genossen zu den in der Illegalität arbeitenden Genossen ausgelöst, die eigentlich auch ohne diesen Anlaß schon lange hätte öffentlich ausgetragen werden müssen.
Bei der angelaufenen Diskussion steht bisher im Vordergrund verstrickte Psychologie und nicht, wie man es erwarten sollte, eine solidarische und inhaltlich politische Auseinandersetzung. Sie hat sich bereits nach einem Brief von Genossen aus Berliner Betrieben und dem Chile-Komitee an den 2.Juni, einer Antwort des Genossen des 2.Juni und einem Artikel im langen Marsch (Nr.11) an einen Punkt entwickelt, an dem man sich nicht mehr verständigen kann, bzw. will. Die Genossen des 2.Juni: "Ihr repräsentiert nicht die revolutionäre Kraft, mit der wir uns auseinandersetzen wollen." Der lange Marsch: "In ihrer tragischen Einsamkeit scheint innerhalb dieser Gruppen immer mehr ein Prozeß abzulaufen, der als letztlich pathologisch angesehen werden muß.
Mit Pathologen will man ja wohl auch nicht mehr diskutieren, oder?

Eine solche Diskussion ist unsinnig. Zumal, wenn es sich zwischen Gruppen abspielt, die nach ihrem Anspruch nichts grundsätzliches trennt. Die Genossen, die die Kritik am 2.Juni gebracht haben, distanzieren sich nicht im Prinzip vom bewaffneten Kampf, die Genossen des 2. Juni **finden nicht, daß Guerilla die einzige Möglichkeit ist zu kämpfen,** sie distanzieren sich nicht von der Massenarbeit. Es geht also in der gegenseitigen Kritik um die Art und Weise des Kampfes, um die Fehler, die gemacht worden sind, um die Perspektive.

Kann man es sich nach so kurzem Schlagabtausch leisten bei dieser gemeinsamen Basis zu sagen "Ihr könnt uns mal?" Ist es im Augenblick nicht die Situation, wo wir mit der Arbeit nur schwer weiterkommen, die uns übereinander herfallen läßt als Ersatz für den wirklichen Klassenfeind.

Die Genossen des 2.Juni haben sich in ihrer Anwort nicht die Mühe gemacht, auf die Kritik an ihnen inhaltlich einzugehen. In der Unehrlichkeit, in der die Kritik an ihnen gebracht wurde, ist das sicherlich auch schwer. Sie sind davon ausgegangen, daß hier wieder mal Leute ihre Theorie abgeliefert haben. Leute, die seit Jahren Papier mit RAF-Theorie abgeliefert haben. Leute, die seit Jahren Papier mit RAF - Theorie und Theorien über die Gewaltfrage bekritzeln, ohne jemals Kritiken und Theorien über die Gewaltfrage bekritzeln, ohne jemals selber eine Konsequenz zu ziehen, ohne die Kritik auch auf sich selber anzuwenden. Und solchen Leuten mal ein deutliches Wort zu sagen, finden wir richtig.

Aber die Genossen, die die Kritik am 2. Juni geschrieben haben, sind nicht alle die Schwätzer, Besserwisser, Nichtstuer, Rationalisierer, mit denen es sich wirklich nicht mehr lohnt, über die Revolution zu reden. Es sind auch Leute, die im politischen Kampf stehen, im Knast dafür gesessen haben.

Dennoch sind wir der Meinung, daß sie sich selber in ihrer Kritik nicht einbezogen haben, einbezogen haben in die Schwierigkeiten, die ~~xxx~~ sie haben, den bewaffneten Kampf in ihre Aktivitäten einzubringen. Zwar haben sie geschrieben: "Sprengstoff und Knarre sind zwei Mittel- auch für uns- aber nur zwei unter hundert," doch das steht eben nur auf dem Papier und außer bei dem Anschlag auf die Abrißfirma der Putte hat man davon in der letzten Zeit nicht viel mehr gemerkt. Anscheinend steht das bei den Genossen doch erst an 100. Stelle und im Moment sind sie bei Nummer 2.

Wir glauben, daß die Verindung zwischen Massenarbeit und bewaffnetem Kampf im Augenblick nicht vorhanden ist und von den in der Legalität arbeitenden Genossen auch nicht gesucht wird. Die meisten von uns haben die Frage verdrängt, weil wir Angst haben und inkonsequent sind. Das müssen wir uns zugeben! Und nicht mit Scheinargumenten wegrationalisieren, daß das im Moment noch verfrüht ist, über die Köpfe der Massen hinweggeht oder ähnliches. Militante Arbeit ist an vielen Konflikten im Betrieb, im Freizeitbereich und sonstwo möglich und wichtig - auch ohne über die Köpfe der Massen hinwegzugehen. **In diese Richtung haben wir viele mögliche Schritte** nicht gemacht.

Aber da alle diese Fragen in der Antwort auf den 2. Juni nicht angesprochen werden, bleibt der Vorwurf auf den Genossen des 2. Juni hängen: Ihr versucht nicht den bewaffneten Kmpf mit der Massenarbeit zu verbinden. Ihr habt Euch zu Technikern der Revolution gemacht.

Genossen, diese Behauptung ist nicht wahr und es waren unter Euch welche, die das wußten. Die wußten, daß die Genossen vom 2. Juni Kontakt zu arbeitenden Gruppen und Individuen gesucht haben, die wußten, daß Pläne für eine Zusammenarbeit entwickelt worden sind.

Warum ist das verschwiegen worden? Vielleicht, weil es die Genossen, die die Massenarbeit gemacht haben, waren, denen die Kontakte zu heiß wurden, die sich zurückgezogen haben, die meinten, daß dieses oder jenes jetzt noch nicht ginge. .

Wird diese Kontaktaufnahme jetzt als "Schwärmen , was man alles hätte tun können" - in Lippstadt, bei Ford, bei Mannesmann" diffamiert? Schwärmen- das unterstellt, daß die Genossen des 2. Juni unrealistisch rumgesponnen haben, aber stellt Euch doch mal die Frage, ob man für die Zukunft etwas entwickeln kann oder nicht.

Die Isolierung, das Auseinanderfallen des bewaffneten Kmapfes und der Massenarbeit liegt nicht nur an den Genossen des 2. Juni. Das ist zu einfach. Zum Teil hat es objektive Gründe- man kann halt ~~nicht~~

nicht zu allen Plenen erscheinen, wenn man gesucht wird. Die Isolierung liegt aber auch an der Angst, dem Desinteresse der Genossen in der Legalität, der Angst man könne gefordert werden zu Aktivitäten, die man selber zwar gut findet, aber "nicht bringt", der Angst man könne mithineimngerissen werden in den Strudel der Illegalität.

Die RAF ist gescheitert, dann wird auch ihre "Nachahmung", der 2. Juni scheitern, so denken viele. Sie denken:"Eigentlich sind sie ja selber Schuld an ihrer Isolierung. Aber wir selber in unserer Borniertheit und Inkonsequnez haben zu ihrer Isolierung entscheidend mit beigetragen. Wir haben diese unbequeme Frage weggeschoben. Oder wie ist es zu erklären, daß zu den Prozessen, die den RAF-Genossen gemacht werden, nur die nächsten Angehörigen und Bekannten gekommen sind und selbst bei der Urteilsverkündung gegen Asdonk u.a., obwohl 5000 Flugblätter dazu verteilt wurden, nur die kamen, die das Flugblatt gemacht hatten. Nicht einer mehr. Das kann doch nicht nur an der falschen Politik der RAF liegen. Das hat doch was damit zu tun, daß wir die Widersprüche bei uns selber nicht angehen, daß viele von uns in der Sicherheit der politischen Legitimation eines Lehrer- oder Betriebsratspöstchens, die schrittweise Auflösung dieses Widerspruches vergessen.

Hätten die Fehler, die wir bei unseren politischen Aktivitäten in der Legalität gemacht haben, ebensolche spektakulären Folgen, wie es ein Fehler beim bewaffneten Kampf hat, wir würden kein Bein mehr auf die Erde kriegen. Aber unsere Fehler werden nicht so bekannt, man kann sie vertuschen oder ein Selbstkritikpapier schreiben. Wie leichtfertig und liberal sind wir in unseren Gruppen, wo sich jeder ungefragt dazugesellen kann und nicht gefragt wird warum und wohin er abhaut. Bei der legalen Arbeit kostet diese Fahrlässigkeit vielleicht ein Berufsverbot, eine Kündigung, in der illegalen bedeutet es Knast, vielleicht Tod.

Wir finden die Analyse in dem Brief des Chilekomitees u.a. darüber, wie Verräter entstehen richtig. Aber warum wird daraus gefolgert: "Nicht Schmücker, sondern diese Ursachen (wie Verräter entstehen) müssen beseitigt werden" und nicht gefolgert: Die Ursache und Schmücker muß beseitigt werden. Natürlich wird man nicht jeden umlegen müssen und können, der Genossen reinlegt. Aber, wenn einer nicht nur verrät, sondern systematisch weitermacht mit dem Nachrichtenverkauf, wie es Schmücker getan hat, wenn er es drauf hat, Genossen für Jahre in den Knast zu bringen. Ist es dann nicht egal, warum und wieso er es gemacht hat, jedenfall für die Entscheidung, daß man sich wehren muß, ohne Bedeutung.

Schmücker war nicht nur ein Verräter, er war Agent. Damit setzen sich die Genossen in ihrer Kritik nicht auseinander. Wie man sich wehren kann gegen die Folgen des Agententums. Das läßt man einfach unter den Tisch fallen. Alle linken Zeitungen bringen die Kritik am 2. Juni, aber keine hat das ursprüngliche Kommuniqué mit den ausführlichen Protokollen über die Tätigkeit Schmückers gebracht. Das lag doch nicht nur daran, daß es zu lang war, oder? Aus dem Spiegel - wie gut , daß wir ihn noch haben, wenn unsere Publikationen versagen- hat die Linke das meiste erfahren über die Agententätigkeit Schmückers. Und deshalb gibt es immer noch welche, die darüber gar nichts wissen. Warum haben unsere linken Informationsmonopole der Öffentlichkeit diese Informationen vorenthalten?

Es bleibt die Frage zu diskutieren, ob man sich auch anders gegen Schmücker hätte wehren können, ob man ihn anders hätte ausschalten können. Wir glauben, nach allem, was wir über das Verhalten der Genossen gegenüber Verrätern gehört haben, nicht, daß man es anders hätte machen können. Wo Schmücker nach dem Knast wohnte, konnte er noch eine Weile bleiben, nachdem die Genossen Bescheid über ihn wußten. Er bekam keinen Fußtritt, sondern sollte sich erst einmal woanders "bewähren". E. Gräfe arbeitet in einem "linken" Kinderladen. Die Leute dort wissen Bescheid über sie, sie darf dort weiterarbeiten. B. Heinrich arbeitet beim "Informationsdienst für unveröffentlichte Nachrichten". Die Genossen wissen Bescheid.

Und warum distanzieren sich die Genossen nicht. Weil sie ähnlich argumetieren, wie es auch im Artikel im Langen Marsch geschehen ist: Der Typ kann doch nichts dafür. Das ist doch gesellschaftlich bedingt. Sind doch Opfer der gesellschaftlichen Widersprüche. Der Lange Marsch: Nun liegt also einer an der Krummen Lanke, der hat augenscheinlich was gemacht, das zu groß für ihn war. Der hat den Widerspruch zwischen revolutionärem Anspruch und bürgerlichem Individuum nicht klar abgemacht, hat geschwankt.." Schmücker wird also bedauert anstatt kritisiert. Man reflektiert über die Gründe, die ihn wohl dazu geführt haben und nicht über die Konsequenzen seines Handelns.

Weiter wird argumentiert, daß wir uns in Schmücker selber wiedererkennen:"Der in jedem Mitglied prozessierende Widerspruch wird so in einer Person greifbar. Un indem man diese Person aus der Welt schafft, versucht man den Widerspruch abzuschaffen. Die eigenen Zweifel und Widersprüche kann man nicht erschießen. Man muß sie anerkennen. Nur dann kann man solidarisch und menschlich vorgehen."

Das heißt also Schmückers Widersprüche sind auch die der Genossen des 2. Juni, unserer aller Widersprüche. Das mag schon sein. Wer sie aber im Sinne Schmückers löst, der Reaktion in die Hände arbeitet, der hat mit unserer Art Widersprüche zu lösen nichts, gar nichts

Forts. S. 12

Aus: extra dienst

Als Mutter des am 5.Juni im Grunewald ermordeten (siehe ED 46/VIII) Ulrich Schmücker habe ich Ihnen folgendes mitzuteilen:
Mein Sohn ist kein "Verräter", als den man ihn heute hinstellen will. Die Aussagen und Namensnennungen, die zu der Verhaftungswelle in Berlin im Sommer 1972 führten, wurden nachweislich von Harald Sommerfeld gemacht. Der Prozeß meines Sohnes wurde nicht auf Veranlassung des Verfassungsschutzes vorgezogen, sondern weil er der am "wenigsten Belastete" war, außerdem hatten wir für ihn einen eigenen Rechtsanwalt genommen. Der schwerwiegendste Punkt war die angegriffene Gesundheit meines Sohnes. Er hatte in der Kindheit eine Tbc durchgemacht, und durch die außerordentlich schlechte Verpflegung (mir persönlich von einem Vollzugsbeamten bestätigt!) drohte diese Krankheit wieder auszubrechen. Ich habe sämtliche Dienststellen aufgesucht und angeschrieben, um ihn sobald wie möglich heraus zu bekommen.

er mußte dann noch 9 Monate U-Haft über sich ergehen lassen, bis am 7.2.73 sein Prozeß stattfand, zu dem sowohl Öffentlichkeit wie Presse zugelassen war. Da zu gleicher Zeit der "Mahler-Prozeß" lief, war das Interesse sehr gering. Ich war selbst zugegen und kann Presseleute und Zuschauer benennen. Wegen seines Gesundheitszustandes mußte er sich zu hause erst einmal erholen, seine Reststrafe sollte auf ein Gnadengesuch laufen, was dann später aber, als er im Sommerfeld-Prozeß nicht antrat, abgelehnt wurde.
Während seiner U-Haft wurde er sehr oft von einem Peter Rühl, der sich als Beauftragter des Verfassungsschutzes (VS) des Berliner Senats bei ihm einführte, aufgesucht. Begünstigt wurden diese Besuche von dem 2. Anstaltsleiter der Strafanstalt Diez, Herrn Kohlhaas.

Dieser Peter Rühl versprach meinem Sohn ein kostenfreies Studium, freie Wohnung und einen guten Monatswechsel – ganz gleich an welchem Orte, wenn er bereit wäre, für den VS in „Linken Kreisen" zu spionieren! Er machte ihm Versprechungen betr. Hafterleichterung, Haftverschonung etc. Da nichts von alledem erfolgte, ist ja wohl klar ersichtlich, daß Ulrich keinerlei Zusagen machte. Es ist bekannt, daß auch Sommerfeld von Rühl aufgesucht wurde.

Nachdem Ulrich seinen Prozeß hinter sich hatte und sich hier zu Hause bei uns aufhielt, rief beinah täglich Peter Rühl an; ich nahm die Gespräche an und stand neben meinem Sohn, während er mit Rühl sprach. Immer wieder machte er große Versprechungen, Ulrich könne in Oxford oder sonst wo studieren, auch ein Fach mit Numerus Clausus, vor allem wollte er sich immer mit unserem Sohn an einem dritten Ort treffen, worauf Uli aber nicht einging, da ich ihm sehr abriet, und er wohl auch merkte, daß Rühl unlautere Absichten hatte. Auf alle Fälle kann ich bezeugen, daß mein Sohn dem Peter Rühl klar sagte, er möge seine Telefongespräche sparen, bei ihm sei „nichts drin". Die Gespräche dauerten stets lange, am 15.2. sogar 1 1/4 Stunden.

Meine Vermutung geht dahin, daß Herr Rühl als „Staatsbeamter" glaubte, sein „Image" verloren zu haben, vielleicht lag auch eine Beförderung drin. Es war dem Mann nicht gelungen, einen 21jährigen jungen Mann zu seinem Werkzeug zu machen.

Sommerfelds Urteil lag genau wie Ulrichs Urteil von vorne herein fest! Die Mutter Sommerfelds, die ich am 3.2.73 in der Haftanstalt Plötzensee kennenlernte, wußte zu dem Zeitpunkt schon das Urteil für ihren Sohn. Nach seinem Prozeß wurde Sommerfeld dann in eine westdeutsche Haftanstalt verlegt, wohin auch noch seine Post von Freunden und „Genossen" geht. Ebenso gehen seine „Antworten" durch diese Haftanstalt. Er selbst befindet sich aber unter anderem Namen im Studium, im Juni noch in Göttingen, wie mir von zwei völlig voneinander unabhängigen Persönlichkeiten gesagt wurde.

Es hat sich also für meinen Sohn ein anderer als „Spitzel" gefunden. Deshalb wurden auch in allen Zeitungsberichten die Taten des Sommerfeld und seine Aussagen meinem Sohn zur Last gelegt. Automatisch wurde die „Bewegung 2. Juni" dahingehend suggeriert, daß Ulrich Schmücker ein VS-Agent und Verräter sei.

Der Drahtzieher dürfte wohl feststehen, es mußten sich nur noch die Täter finden.

Bei einigermaßen Intelligenz hätten sich doch die Leute sagen müssen, daß Ulrich niemals mehr in Berlin aufgekreuzt wäre, wenn er Verrat geübt hätte. Sein Gnadengesuch wäre nicht abgelehnt worden, wenn er VS-Spitzel gewesen wäre.

Oft warnte ich ihn und wies ihn auf Gefahren hin, dann sagte er immer: „Das Schlimmste, was mir passieren kann, ist, daß sie mich noch für den Rest der Strafe einsperren."

Er war von Kind an ein Mensch, der sich für sozial schwächere Menschen einsetzte und hatte es sich zur Lebensaufgabe gemacht, für andere Menschen zu sorgen. Er hätte mit seiner Intelligenz, seinem Vorleben und seiner Überzeugungskraft seiner Bewegung noch viele, viele Menschen zuführen können!

Sie waren zu dumm, um es einzusehen. Sie meinten einen VS-Agenten zu treffen, und sie haben sich selbst zum Werkzeug des VS gemacht.

Die „Bewegung 2. Juni" wird an diesem Mord zerbrechen; auch Harald Sommerfeld wird sich seines „kostenlosen Studiums" nicht mehr lange freuen können.

Ich habe einen wunderbaren Sohn verloren, und die Jugend, die für die Freiheit der Unterdrückten kämpft, sah tatenlos zu, wie einer ihrer Besten ermordet wurde!

Irmgard Schmücker
5483 Bad Neuenahr

Stichpunkte über eine marxistisch-leninistische DUHM-Kritik

"Emanzipation und Revolution - Kritik an Duhm", R.Merker u. F.R. Scheck, Reihe Kulturkampf;Arbeiterkulturverlag,Essen-Holsterhausen 74.

Letzte Umschlagseite: "Mit Schriften wie "Angst im Kapitalismus" und "Warenstruktur und zerstörte Zwischenmenschlichkeit" ist Dieter Duhm schnell zum Führer und Ratgeber einer sich selbst als "antidogmatisch" verstehenden Strömung innerhalb der kleinbürgerlichen Linken aufgestiegen.R. Merker und F.R. Scheck untersuchen vom Klassenstandpunkt des Marxismus-Leninismus aus die Duhmschen Konzepte und gehen besonders auf die Bereiche Manipulationstheorie,Entfremdungstheorie,Triebtheorie und Spontaneismus ein.Ihre Kritik gilt dabei nicht nur Duhm als Einzelperson, sondern stellt in der Auseinandersetzung mit der sozialpathologischen Deutung der Gesellschaft in grundsätzlicher Weise die kommunistischen Positionen zu Emanzipation und Revolution heraus."

Seite 5: "Dieser Text sollte zunächst im Rosa Luxemburg Verlag Köln erscheinen.Seine Veröffentlichung wurde jedoch durch Einspruch und Einfluß von u.a. Dieter Duhm und Peter Brückner,die den RLV beraten,unterbunden.So sieht die Praxis des 'undogmatischen Marxismus' aus."

Nach jedem Duhm-Zitat folgt ein Gegenzitat von Lenin oder eine oft recht undialektische Widerlegung von den Verfassern.Dieses Schema Zitat - Gegenzitat/Widerlegung reißt Duhm-Zitate aus dem Zusammenhang und bleibt eklektizistisch, genau dieses'auslesende'Verfahren wird Duhm permanent vorgeworfen. Mit Duhm werden in einem Satz noch andere Autoren kritisiert:z.B. M.Schneider,der "paranoide Fasler" W.Reich,L.Kofler,Dutschke,"die stark trotzkistisch durchsetzte Theoretikergruppe Il Manifesto",aber auch KSV,KPD-ML und DKP. Die Verfasser werfen selbst mit Schlagworten der Klassiker herum,ohne ihre Inhalte auch nur annähernd zu erläutern,sie bleiben Phrasen.Ihre Kritik erschöpft sich in einem Verbal-Dogmatismus,sie bleibt methodisch an der Oberfläche (Bsp.:"Der ausgeprägte mechanistisch-metaphysisch-idealistische Zug Duhms..." S.21). Duhm wird bei jeder Gelegenheit als Kleinbürger abqualifiziert,als Intellektueller wird er nie ins (starre)Klassenschema eingepaßt. Unklar bleibt,welcher Klasse die beiden Autoren angehören,sind sie Arbeiter,kleinbürgerliche Intellektuelle oder gar "Vorhut der deutschen Revolution" ?

Der Autoren Verständnis von der Marxschen Methode erschöpft sich im 4-Seiten Kapitel "Methodik" und im permanenten Zitieren des Dialektischen Materialismus.Methode wird hier zwar als Begriff (formal) eingeführt,aber nicht auf Duhms Aussagen (inhaltlich) angewendet. Scharf kritisiert wird der Griff zur bürgerlichen Psychologie,der Psychoanalyse,ebenso die in Erscheinungsformen beschriebenen subjektiven Momente.Duhm hätte sich besser an die klassische Psychoanal. gehalten,wenn er schon mit ihr argumentiert,statt sie weiterzuentwickeln.Dem Tenor nach haben bei den Autoren nur die Kleinbürger eine Psyche.Wenn dann von Psyche die Rede ist,dann so: "Widerspiegelung der widersprüchlichen Realität erzeugt,wie besonders aus Lenins Theorie zu folgern,psychische Widersprüche".Mit der Widerspiegelungstheorie Lenins wird an vielen Stellen argumentiert.Man hat den Eindruck, daß Psyche mit Bewußtsein gleichgesetzt wird. "...aber da der Kapitalismus stets auch sein Gegenteil hervorbringt,produziert er zugleich mit 'Entfremdung','Verdinglichung' etc. auch immer neues dialektisches Bewußtsein,immer neue klassenkämpferische Kraft"."Indem er (der Kap.) aber unausweichlich auch den dialektischen Materialismus produziert, gebiert er seither ununterbrochen Gedanken,...den Klassenkampf des Proletariats und seiner Verbündeten". Diese und noch einige Aussagen zeugen von einem Automatismus zwischen gesellschaftlichen Widersprüchen und dem Entstehen von Klassenbewußtsein. Dauernd heben die Autoren auf den Hauptwiderspruch ab und kritisieren die Einseitigkeit Duhms - erbeschränkt sich auf den Reproduktionsbereich und dem Überbau - setzen aber selbst undialektisch den Schwerpunkt auf die Produktion.

Neben einer undifferenzierten, ahistorischen Beschwörung des

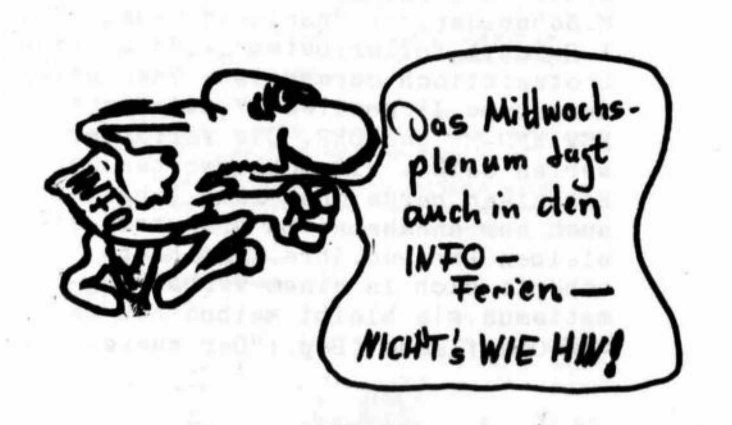
Faschismus gibt es böse Seitenhiebe auf die RAF,SPK und den Anarchismus. Hier noch einige Hämmer: "Statt angesichts der faschistischen Gefahr für den Aufbau der kommunistischen Partei zu arbeiten,die über den Hebel der Arbeitereinheitsfront und ihr Bündnis mit aufrechten Demokraten aus dem ganzen Volk einzig die braune Bestie schlagen kann ...", "Duhm liefert hier nicht nur Grundlagen für eine ständische Studentenbewegung,sondern auch gleich für karitative Randgruppenstrategie", "Die Tendenz zu antiautoritärem Klamauk mit triebtheotetischer Begründung sondert Duhm jedoch klar von allen ernsthaften Klaasenkämpfern ab", "Duhm begreift nicht,daß auf dem Weg zur Neubegründung der Komm. Partei Kuriositäten und Wirren unvermeidlich sind,vielmehr läßt seine Pauschalisierung erkennen,daß er dem Wiederaufbau proletarischer Organisationen und der Avantgarde des Proletariats nur Unverständnis und Abscheu entgegenbringen kann.Seine Psychoanalyse entlarvt sich in diesem Zusammenhang als Instrument zur Diffamierung der Kommunisten.Gleichzeitig macht Duhm seinen Standpunkt klar:den des kleinbürgerlichen Humanismus und Liberalismus"."Die einzige reale Kraft proletarischer Emanzipation,die Komm. Partei,die freilich nichts zu tun hat mit dem Kasperletheater einer Studentensekte ... und ebensowenig mit den sozialdemokratistischen Konzepten der DKP,wird von Duhm dagegen mit atemberaubender Borniertheit abgetan".
Und nun noch ein Ratschlag,liebe Leser! "Nicht:'Emanzipation für die Revolution!' kann die Parole sein, sondern einzig und allein: Vorwärts zum Neuaufbau der Komm. Partei! ".

Ich finde Duhm und Brückner haben den RLV gut beraten.Diese 56 Seiten für 2,8o DM lohnen sich nicht zu drucken und zu kaufen!
Ich bin kein versierter Duhm-Kenner, aber diese Kritik ist denn doch zu plump und flach.Ich möchte Duhm auch nicht gegen berechtigte Kritik in Schutz nehmen.Eine gute Kritik und Diskussion mit Duhm ist in den April bis August 1974-Nummern von "links" abgedruckt.
Zur Kritik der Leninschen Widerspiegelungstheorie siehe Positionspapier der 'Gruppe undogm. Marxismus' Feb.74 Seite 26-28,Punkte 'Methode' und 'Erkenntnishteorie' Lenins.

Fortsetzung von Seite 9:

mehr zu tun. Wer das nicht sieht, verhält sich selbst gegenüber liberal und deshalb auch anderen gegenüber.
Bei einer solchen liberalen Haltung kann man bestenfalls hoffen, daß Schmücker bei einigen Gruppen abgeblitzt wäre. "Soll er doch sehen, wo er bleibt, das Schwein" Ob er vielleicht bei der nächsten Gruppe geblieben wäre, darum hätte sich schon niemand mehr gekümmert.
"Der die Gruppe verlassende Verräter ist eine größere Bedrohung als die Polizei", kritisiert der Lange Marsch. Allerdings ist er das. Gibt es nicht hundertmal mehr Bullen und Richter, die man mühelos einen durch den anderen ersetzen kann als Agenten, die sich auf der Polit-Scene auskennen.
Zum Schluß noch ein paar Zeilen zum 2. Juni. Es hätte gereicht Genossen, wenn ihr gesagt hättet: Schmücker war ein Verräter, Agent, er kann und wird in unserer Gruppe oder woanders unerhörten Schaden anrichten. Deshalb haben wir die Konsequenzen gezogen. Müßt ihr euch deshalb gleich zum Volksgericht erklären? Noch hat das Volk seine Volksgerichte nicht. Noch geht es nicht seinen objektiven Interessen nach.
Das zu erreichen ist unser Ziel, unser gemeinsames Ziel. Unsere Auseinandersetzung um konkrete Schritte muß inhaltlich und politisch, ehrlich und konsequent sein. An der konkreten Situation um die Aktion gegen den Bullen Schmücker war sie es bislang nicht.
Für uns heißt die Konsequenz: weiter versuchen, die politische Isolierung von legalen und illegalen Genossen an konkreten Konflikten im Betrieb, Freizeit, Schule, Uni aufzulösen.
Militanz ist nötig und möglich.

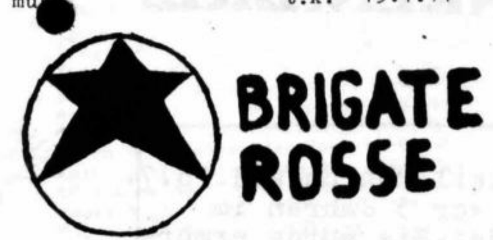
In der Legalität arbeitende Genossen



Den folgenden Artikel habe ich abgetippt, weil
1. die Aktionen der "Roten Brigaden" weitgehend unbekannt sind,
2. die schweizer Gruppe "Klassenkampf", aus deren Zeitschrift der Artikel stammt, mit den WWA-Gruppen "Arbeitersache" und "Proletarische Front" zusammenarbeitet und die Diskussion über den bewaffneten Kampf bisher in "Wir Wollen Alles" kaum stattfand,
3. in der "links" Nr.57 die Aktionen der "Roten Brigaden" als "außerhalb der realen ebene der Massenkämpfe liegend und damit im Dienste der konterrevolutionären Strategie" stehend bezeichnet werden.

Dieser Artikel stammt aus "Klassenkampf-Materialien zur Intervention" Nr.3 März 74
Wer noch mehr von den "Brigate Rosse" wissen will, im Pol.Buch, Lietzenburger str., gibts die Manifest-Flugschrift Nr.1: Brigate Rosse - Bewaffneter Kampf für den Kommunismus

t.k. 13.7.74



Mit der Diskussion um die Brigate Rosse stehen wir vor einer der wichtigsten Fragen, die die revolutionäre Linke zu lösen hat: <u>die Frage des bewaffneten Kampfes.</u>
Noch vor nicht allzu langer Zeit stieß man auf skeptisches Lächeln, wenn man vom bewaffneten Kampf in Europa sprach: die Arbeiterbewegung, völlig vom traditionellen Leninismus beherrscht, war von Grund auf pazifistisch und die Revolution sollte wie eine schmerzlose Geburt vor sich gehen. Ein genaueres Studium der militärischen Frage im 2o. Jahrhundert hätte sich natürlich mit den Mythen zu befassen, die von den Parteien der III.Internationale während der letzten 5o Jahre geschickt aufrecht erhalten wurden, indem sie sich im wesentlichen auf die Spanienkriege und die Widerstandsbewegung in einigen Mittelmeerländern (Italien, Jugoslawien, Griechenland) stützten. Aber praktisch müssen wir es als Tatsache hinnehmen, daß seit der Niederlage des Aufstands in Hamburg 1923 die kommunistischen Parteien auf den bewaffneten Kampf verzichtet haben, um den Weg der "demokratischen Eroberung" einzuschlagen. In der Folge ist - mit ausnahme der anarchistischen Tradition - die revolutionäre Gewalt die Domäne der nationalistischen Bewegungen der Dritten Welt geworden.
Seit einigen Jahren wird die Frage des bewaffneten Kampfes wiederum breit diskutiert - eine direkte Konsequenz des Jahres 1968. Gewisse, besonders fortgeschrittene Klassensituationen haben sogar das Auftreten praktischer Antworten im Embryonalzustand provoziert, und es ist sicher kein Zufall, daß in den wichtigsten Europäischen Ländern Genossen versucht haben, die Bewegung aus dem pazifistischen Geleise herauszuführen worin sie steckengeblieben ist. Aus diesen Erfahrungen konnte man bereits einige Lehren ziehen. <u>Das Beispiel der RAF</u> in Deutschland ist jedermann gegenwärtig: ihr relativer Mißerfolg, weit entfernt davon, den bewaffneten Kampf endgültig unter dem Staub der demokratischen Kämpfe zu begraben, ermöglicht der europäischen Bewegung wichtige Einsichten sowohl auf strategischer Ebene (Isolierung der Gruppe, Verhältnis Avantgarde - Massen, Entwicklung bewaffneter autonomer Bewegungen), wie auf der taktischen Ebene (Wahl des Kampfterrains, Bestimmung der Zielsetzungen, Aufbau von Rückzugsbasen)!

Aber trotz allem bleibt Italien im Moment das interessanteste Terrain für die Entwicklung des bewaffneten Kampfes. In der italienischen Bewegung finden wir eine Auseinandersetzung um diesen Punkt, die schon mehrere Jahre dauert und sich in verschiedenen Richtungen entwickelt hat: der Aufstand wurde theoretisiert durch Potere Operaio, die Guerilla durch die GAP Feltrinellis, der langandauernde bewaffnete Kampf für den Kommunismus durch die Brigate Rosse.
<u>Die Brigate rosse</u> (BR) sind erst anfang 197o öffentlich aufgetreten. Die große Welle der Arbeiterkämpfe, die seit dem Frühling 69 sich von der FIAT aus über ganz Italien ausgedehnt hatte - der "heiße Herbst 69" sah sich mit dem massiven Gegenangriff der Bosse konfrontiert. Die Bomben der Piazza Fontana am 12. Dezember in Mailand (16 Tote und Dutzende von Verletzten bei der Landwirtschaftsbank) und die folgende Hysterische Kampagne gegen die revolutionäre Linke waren notwendig, um die Arbeiter zum Unterschreiben der Verträge zu zwingen. Auf der anderen Seite erfanden die Gewerkschaften das System der "Delegierten", in der Hoffnung, die Arbeiterautonomie in die institutionellen Kanäle zurückzubringen.
In dieser Situation haben die BR den bew. Kampf und die "nuova resistenza" vorgeschlagen, als Antwort auf den Versuch der Bosse, die Arbeiterkämpfe einzukreisen. Dieser Vorschlag stößt sofort auf die Vorurteile, die jahrzehntelange pazifistische Praxis in die Arbeiterbewegung eingeführt hat: nicht nur die PCI und die Gewerkschaften, sondern auch ein großer Teil der außerparlamentarischen Linken stempelt die BR als Provokateure ab. Es interessiert uns hier nicht, die Kritik jener zu analysieren, die - nachdem sie das strategische Terrain des Reformismus gewählt haben - sich ganz auf das Niveau der Unternehmer stellen und von jenem Standpunkt aus konsequent jeder Vorstellung des bew.Kampfes bekämpfen. Uns interessieren die Stellungnahmen jener Gruppen, die von der Notwendigkeit des bew.Kampfes ausgegangen sind, dann aber die Praxis der BR kritisiert haben: Potere Operaio und Lotta Continua.
Die grundsätzliche Kritik dieser Genossen an den BR geht dahin, daß die BR die Rolle des Staates auf seine bloße repressive Funktion reduziert hätten und damit den Kampf zwischen Arbeitern und Unternehmern nur als bew.Kampf begreifen vermöchten. Diese falsche Voraussetzung habe dann zwangsläufig dazu geführt, daß die Gruppe den Untergrund als Organisationsebene habe wählen müssen und nun glaube, der Kern der zukünftigen revolutionären Armee zu sein, weshalb sie sich an der Organisierung des Massenkampfes zu wenig beteilige.
Die ersten Papiere und Flugblätter der BR lassensolche Kritik allerdings zu. <u>Andererseits zeigen die Kritiken keine Aufmerksamkeiten für die vielen Bedingungen, innerhalb derer ein Projekt des bew.Kampfes sich zu entwickeln hat.</u>
Die Frage der Untergrundorganisation z. B. kann nicht Objekt theoretischer Spekulationen sein, sonder ist einfache und notwendeige Bedingung fürs Überleben. Die Aktionen und die Schriften der BR rückten dann später immer näher an die Wirklichkeit des Massenkampfes der Arbeiter und zeigen sehr deutlich, wie diese Organisation versucht hat, die vielen Anfangsfehler zu korrigieren. (s.z.B. das Interview vom Jan.73, publiziert im Soz.Jahrbuch Nr.5, Wagenbach). Obwohl über die Organisationsstruktur der BR wenig bekannt ist, ist es an den letzten Aktionen abzulesen, daß sie extrem artikuliert ist: <u>bewaffnete Kerne</u>, ihre notwendigen logistischen Infrastrukturen, <u>aber auch Massenfronten</u>, die es der Gruppe gestatten, ihre Aktionen innerhalb der Arbeiterklasse zu propagieren und zu erklären;

<u>Aktionen der Brigate Rosse</u>

Sept.7o: Den Arbeitern der Sit-Siemens wird eine Liste von "faschistischen" Vorarbeitern verteilt, die zu kontrollieren und zu bestrafen sind.
Das Auto des Sit-Siemens Direktors wird verbrannt.
Okt.7o: Auch bei Siemens wird eine Liste der Faschisten und der Betriebsspitzel verteilt.
Nov.7o: Bei Pirelli Bicocca wird die Liste der Vorarbeiter und Spitzel, die zu bestrafen sind, verteilt.
Das Auto des Direktors des Überwachungsdienstes von Pirelli wird verbrannt.
Jan.71: Auf der Versuchsbahn von Pirelli Lainate explodieren acht Brennflaschen, die drei Lastwagen in Flammen setzen.
Feb.72: In Mailand brennen die Autos vieler militanter Faschisten.
Die Wohnung des "vicefederale" des MSI (ital. faschistische Partei) von Turin wird durchsucht.
3.3.72: Der Manager der Sit-Siemens wird in Mailand entführt und es wird ihm ein Prozeß gemacht. Er wird nach einer halben Stunde freigelassen mit der Mahnung, mit seiner Anti-Arbeiterpolitik aufzuhören.
13.3.72: Einbruch und Durchsuchung im Sitz der MSI in Cesano Boscone, der Sektionssekretär wird entführt.
15.1.73: Einbruch und Durchsuchung im Sitz der Christlichen Unternehmerunion. Der Vorsitzende der Mailänder Region wird entführt. Die Mitgliederlisten und andere vertrauliche Dokumente, die die Verbindungen zwischen großen und kleinen Unternehmern, zwischen Regierung und Massenorganisationen der katholischen und demochristlichen Rechten beweisen, werden beschlagnahmt. Die Aktion wurde am Vortag des MSI-Kongresses in Rom durchgeführt und hatte als Ziel, die Unterstützung ans Licht zu bringen, welche die Faschisten "mit weißem Hemd" der Christdemokraten den Faschisten "mit schwarzem Hemd" der MSI leisten.
11.2.73: Der Regionalsekretär der faschistischen Gewerkschaft wird entführt und über die Organisation der Faschisten in den Turiner Betrieben und vor allem in der FIAT befragt. Als eine der Bezugspersonen, über die Faschisten bei FIAT angestellt werden, wird Direktor Amerio genannt.
2.6.73: Ein leitender Angestellter der Alfa Romeo wird entführt und nach einigen Stunden mit der Verwarnung laufen gelassen, mit seiner arbeiterfeindlichen Politik aufzuhören.
1o.12.73: Entführung und Prozeß gegen Amerio, Direktor des Personalbüros der FIAT. Er wird nach 8 Tagen freigelassen.

Forts. S. 15



Gruppe „PETRA SCHELM"

MITTEILUNG:

Hamburg.Stadtteil Bahrenfeld.16.7.

In diesem Hamb. Stadteil wurde auf den Tag genau vor 3 Jahren im Bornkampsweg unsere Schwester Petra Schelm ermordet.Sie wurde ermordet,weil sie sich auflehnte gegen die herrschende Unterdrückung und Versklavung der gr. Masse der Werktätigen durch eine verschwindend kl. Minderheit von Unternehmern,Politikern,Bürokraten,Militärs und **Gewerkschaftsfunktionären. Sie wurde ermordet,weil sie kapierte,daß** dieses unmenschliche System der Ausbeutung den freiheitlichen Interessen des Volkes zu widerläuft.Sie wurde ermordet,weil sie einsah, daß die kommunistische Gesellschaft nicht durch parlamentarisches Geplänkel zu erreichen sei,weil sie sah,daß die herrschenden Klassen nicht freiwillig verschwinden würden.

Aus diesem Grund haben die Herrschenden in allen Ländern dieser Welt seit Jahrtausenden Gefängnisse gebaut,Militär,Polizei und Justiz - den ganzen Staatsapperat - installiert;Menschen gefoltert,verstümmelt ermordet.Für d. BRD heißt das heute:Antiguerilla MEK GSG 9,Folter durch Isolation an den Kriegsgefangenen der RAF,der BEWEGUNG 2.JUNI, des SPK.der ROTEN RUHR ARMEE und anderen bewaffneten Gruppen und rebellierenden Gefangenen.

Wenn wir heute,3 Jahre nach Petra's Ermordung im selben Stadtt.einen <u>Sprengstoffanschlag gegen eine der zuständigen Polizeidienststellen</u> verüben,hat das nicht den Zweck,Rache zu nehmen.Daß wäre wohl nicht im Sinn von Petra.Denn sie wußte genau,als sie die Waffe gegen die Feinde des Volkes erhob;als sie sich mit Gleichgesinnten zusammenschloß,um Widerstand zuleisten,Daß sie für die Herrschenden eine Gefahr darstellte und sie wußte genau,wie der Staat gegen Revolutionäre vorgeht.

Unsere Absicht ist es vielmehr,an Petra zu erinnern.Zu erinnern,wofür sie gekämpft und wie sie gekämpft hat.Wir haben den Angriff gegen die Institution Polizei durchgeführt,um zuzeigen,daß Petra's Kampf unser Kampf ist,und daß dieser Kampf wird.Von Uns!

FREIHEIT DEN WERKTÄTIGEN -- TOD DEN HERRSCHENDEN

ES LEBE DIE SOZIALE REVOLUTION

Gruppe PETRA SCHELM Bewegung d. Revolutionären Linken (BRL)

Forts. v. S. 13

Die bloße Aufzählung dieser Aktionen, die Art-selbst, wie die BR nach einer sehr harten Repression ihre Vitalität bewiesen haben, lassen erkennen, daß sie bis heute jene Fehler, die den Genossen der RAF zum Verhängnis geworden sind, haben vermeiden können. Die BR haben jenen eine Antwort geben können, die ihnen vorwarfen, sie präsentierten sich als die "Zorros der Arbeiterklasse": jetzt im Dez.73, im Zeitpunkt wo Agnelli sicher war, seine Gegenoffensive nach dem Mißerfolg eines Vertragsstreikes gewonnen zu haben, bewiesen sie sich als die Vorhut der Offensive der Arbeiterautonomie, bewiesen sie, daß die Bewegung nicht besiegt, daß sie sogar fähig war - was absolut neu ist in Europa - gegen die Unternehmeroffnesive auf politisch-militärischer Ebene einen Gegenschlag zu führen. Klar löst das nicht alle Probleme, bei weitem nicht. Aber der Beitrag der BR ist deshalb nicht weniger fundamental. Sie sind dabei, den Beweis zu liefern, daß in einem industrialisierten Land die einzige Antwort auf die kapitalistische Herrschaft ist, einen neuen Typus des Arbeitermilitanten zu schaffen, einen Militanten, der nicht mehr fordert, sondern sich nimmt was ihm gehört, der weiß, daß gegen die bewaffnete Gewalt des Staates der Bew.Kampf der Proletarier der einzige Ausweg ist, einen Militanten, der das Verhältnis zwischen Politik, Ökonomie und militärischem Bereich dialektisch lebt, anstatt die eine oder andere dieser Funktionen an eine spezifische Organisation zu delegieren, die niemals fähig sein wird, -gerade weil sie spezifisch ist - ihre Aufgabe zu erfüllen.

Was die Massen so bewegt :



Protest gegen Käfig

Mehr als zwei Millionen Bundesbürger haben in einer Unterschriftenaktion der Tierschutzverbände gegen die Käfighaltung von Legehennen protestiert, die nach Ansicht der Verbände gegen das Tierschutzgesetz verstößt. In der Bundesrepublik gibt es zur Zeit 60 Millionen „Käfig"-Hennen.

(ABEND 10.7.74)



Prozeß gegen Hausbesetzer in Aachen

Vor mehr als 2 Jahren wurde das Haus Beeckstr. 39 von Studenten und Jugendlichen besetzt und 24 Stunden später von der Polizei geräumt.
Bei den bisherigen Prozessen wurden meist Freisprüche oder Verfahrenseinstellungen "mangels Beweisen" erreicht, weil die Belastungszeugen (Polizisten) sich nicht mehr genau erinnern konnten.
Einer von uns mußte 300 DM Geldstrafe zahlen. Einer wurde eine Geldstrafe aufgrbrummt (Vorstrafe, mit Gerichtskosten ca.1000DM): Sie war mit anderen Frauen zusammen im Anschluß an die Räumung zur Aachener Volkszeitung (größtes Lokalblatt auf CDU-Linie) gegangen, um mit dem Lokalredakteur über die irreführende Berichterstattung zu reden ("Hausfriedensbruch").
Bei Jutta und Beate wissen die Belastungszeugen aber noch sehr genau, was sie zu sagen haben...
Jutta und Beate brauchen eure Unterstützung. Sie stehen stellvertretend für alle vor Gericht, die unter der Wohnungsnot in Aachen leiden(ca.12% Wohnungsfehlbestand), zu hohe Mieten für zu kleine Wohnungen zahlen, stellvertretend für alle, die nicht mehr in Familien und Heimen leben können, nicht wissen, wo sie sich mit Freunden und Freundinnen treffen können, ohne daß ihnen Geld aus der Tasche gezogen wird, wie die Jugendlichen, die das Haus 1972 mit besetzten, (Ob nun Gruppen Deutsch für Ausländerkinder geben wollen, ob Jugendgruppen, Eltern-Kind-Gruppen, Frauengruppen oder Bürgerinitiativen im sozialen Bereich Treffpunkte suchen: es ist völlig unmöglich, als nicht konfessionell gebundene Gruppe finanzielle Unterstützung der Stadt zu erreichen. CDU-Stadträte verschleudern nur Unsummen für messinggehämmerte Tanzböden im Quellenhof, für hirnverbrannte Kongreßzentren, Parkhäuser oder kaum besuchte Kinderabstellplätze für Kaufhauskunden.) stellvertretend für alle, die es als Unrecht empfinden und versuchen, selbst etwas dagegen zu tun, daß zahllose Hausbesitzer schöne Häuser unbewohnbar machen und aus Spekulationsgründen jahrelang leerstehen lassen (das Haus Beeckstr.39 steht jetzt scho n

6 Jahre lang leer, wie viele andere Häuser in Aachen auch).
Am Do.25.7. stehen die Falschen vor Gericht: Nicht Jutta und Beate dürfen kriminalisert und verurteilt werden! Skrupel- und sozial verantwortungslose Hausbesitzer, Stadtväter, die selbst Häuser leerstehen lassen, und die jetzt eine nach der Hausbesetzung der Form halber eingerichtete und uneffektive kommunale Wohnungsvermittlungsstelle einschlafen lassen wollen, eine Presse, die diesen Machenschaften hofiert und alle, die darunter leiden, ignoriert, müssen sich vor der Öffentlichkeit, vor uns, verantworten!

Aktionsgemeinschaft Beeckstr.prozesse
51 Aachen, Pontstr.41

In Berlin entstand nach dem Frankfurter April-Treffen eine WG-Koordinationsgruppe (s.INFO 16), die sich inzwischen auf das Suchen bzw. Vermitteln von WG-Plätzen beschränkt.
In Frankfurt gibts seit Ostern eine WG-Initiative, in der außer Raumbeschaffung auch noch 2 wichtige Sachen laufen: eine Gruppe quatscht da über die psychischen Probleme in WG's, eine andere organisiert eine Einkaufskooperative, wo (vor 1 Monat) ca.10 WG's ihre Grundnahrungsmittel gemeinsam einkaufen.
In Hamburg gibts so eine WG-Koord. schon länger. Die lieben Genossen von "Humanes Wohnen" geben jeden Monat die "Montagsnotizen" raus, die 1.Zeitung für Wohngemeinschaften.
Kriegt man mit viel Glück im Buchladen am Savignyplatz, ganz sicher, wenn man sie aboniert: 5 DM in Briefmarken oder auf das Konto Hamburger Sparkasse Nr. 1228/129522 "Humanes Wohnen e.V.",2 HH 67 Buckhorn 3
In der Juni-Nummer stand folgender Beitrag:

Wohngemeinschafts-Koordination

Nach Gesprächen auf dem "Emanzipationskongreß" in Frankfurt zeichnete sich durch spontane Interessenartikulation schon eine Erweiterung der WG-Koordinationsstellen in verschiedenen Regionalbereichen ab.
Im Rahmen dieser Tendenz, erhielten wir im Laufe des letzten Monats 4 Zuschriften über angeleierte WG-Koordinationen in der BRD.
Bei einer Festigung der bisherigen Aktivitäten und bei einer noch größeren Zahl von Regionalzentren werden wir ein nationales Koordinationstreffen der WG-Kooperativen vorschlagen, um eine ständige und fruchtbare Koordinationskooerdination zu erarbeiten!
1. Margot Müller, 62 Wiesbaden-klarenthal, Hermann-Brill-Str.44 Tel:06121/460806 schreibt, daß sie mit weiteren 4 Leuten in Wiesbaden und Umgebung (evtl. auch für Mainz) eine WG-Koord.stelle gründen will. Dazu brauchen sie unbedingt eure Hilfe:
1.Gesucht wird ein Haus außerhalb von Wiesbaden und ein Laden in der City als Anlaufstelle.
2.Gesucht werden noch mind.5 Leute, die dazuziehen und mitarbeiten.
3.Gesucht werden noch Kontaktadressen von Gruppen, die so was ähnliches machen oder vorhaben, in anderen Städten.
Für eine starke WG-Koordination in Hessen!
Hoch die überregionale Solidarität! Unterstützt die Genossen in Wiesbaden. Für den Sieg im Wohnungskrieg!

2.Klaus Neundorf, 6945 Großsachsen, Fr.Ebert-Str.5 plant ein ähnliches Koordinationsprojekt im Raum Heidelberg. Die Leute stehen noch am Anfang. Unterstützt ihre Arbeit! Schreibt ihnen eure Wohngruppenadressen aus dem Raum Heidelberg, arbeitet mit!

3.Die Leute der WG oberwall, 8206 oberwall23, Post Bruckmühl, Tel. 08065/510 haben eine WG-Koordination in Angriff genommen, die schon einige Früchte getragen hat.

Aus ihrem Erfahrungsbericht:
Wir sind eine WG von 7 Leuten, wir haben ein Haus 40km von München entfernt und sind seit 1 1/2 Jahren zusammen. Vor etwa 2 Monaten entstand bei uns die Idee einer WG-Kooperative. Wir haben zuerst fleißig Adressen gesammelt und dann Briefe losgeschickt. Die WG's, von denen wir Antwort bekamen, haben dann Leute von uns besucht, um näheren Kontakt zu finden und um ihnen detaillierter von unseren Vorstellungen zu erzählen.
Ungefähr zur selben Zeit wie wir hatte eine Münchener WG, Felix Tretter, 8 München, Schleißheimer Str.187 A, eine Kooperative gestartet, die zwar nicht in allen Vorstellungen mit uns übereinstimmte, mit der wir uns dann aber doch auf eine gemeinsame Basis einigen konnten. Ende April haben wir dann den 1.WG-Treff einberufen, auf dem 8 Wohngruppen vertreten waren. Am 8.Juli soll das 1.große Treffen stattfinden.
unser schwierigstes Problem scheint zusein, Vorstellungen über das Konzept der WG-Kooperative unter einen Hut zu bringen.
Wir versuchen vorerst, ein Forum für möglichst alle WG'n zu schaffen; denn die Befürchtung, daß sich die Fraktionierung der Linken in destruktiver Weise in der WG-Kooperation wiederholt, scheint nach unseren Erfahrungen berechtigt zu sein.
Unser erstes Ziel nach der Vollversammlung ist deshalb auch ein relativ "unpolitisches" - nämlich die Schaffung einer Zentrale, d.h. wir wollen in München einen Raum mieten, der zur Kommunikation und Information dienen soll, zum anderen die Vermittlung von WG'n an Suchende und umgekehrt, weiterhin auch die Vermittlung von Häusern und Wohnungen an WG'n ermöglichen sollte.

HOCHSCHULINFO

Liebe Genossen, Han.,17-7-74

der SDS Hannover hat in der letzten Woche ein zweites SDS-Info zur Hochschulpolitik herausgebracht. Es gibt Thesen des SDS zur Hochschulpolitik sowie Arbeitsberichte und Einschätzungen der hochschulpolitischen Entwicklung speziell in Hannover von den einzelnen arbeitenden "Grundeinheiten" und "Initiativgruppen" wieder ein hochschulpolitisches "Arbeitsprogramm" sozusagen.

Bestellungen an:
SDS Hannover
3 H a n n o v e r
Theodorstr. 2

... oder demnächst in den Buchläden !!!

---- Preis 1.50 DM ----

Umsonst oder gegen geringfügige Spende zugunsten pol. Basisarbeit abzugeben: tel. 612 27 49
2 alte Schreibmaschinen und 1000 div. Ztg. und Broschüren (auch mehrfach): Rote F., NRF, Spartacus, China, konkret, Unctad-infos, Infos z. pol. Bildg., Time, 'Klar und wahr' ......

MIETERINITIATIVE SANIERUNGSGEBIET KLAUSENER PLATZ e.V.

Mit diesem Flugblatt setzt die MI ihre Serie von Dokumentationen fort, die sie mit der Darstellung des "Fall K." begonnen hat(s.INFO 13) und in der sie die unverschämtesten Übergriffe der "Neuen Heimat" auf die Lebensbedingungen der hier wohnenden Menschen anprangern will. Übergriffe, die in krassem Gegensatz stehen zu dem, was von den Vertretern der NH, des SPD-Senats und des CDU-Bez.amts in teuren Hochglanzprospekten und Sonntagsreden über ihre "menschenfreundliche" Sanierung verkündet wird.
Dieser "Fall S." zeigt, daß die menschenfeindliche Sanierungspolitik wieder einmal die Schwächsten trift. Vor allem wird hier auch in einem exemplarischen Fall deutlich, für wen hier saniert wird. Nicht für die, wie uns die NH weis machen will, die unter den Wohnverhältnissen am meisten leiden müssen - sondern für diejenigen, die eine hohe Miete zahlen können, die als wichtig genug gelten, in einer so günstigen Wohngegend zu wohnen.

Was die NH für die Gesundheit ihrer Mieter tut:

Herr S. und seine Frau sind 1904 geboren.
Sie haben gearbeitet, schwer gearbeitet, heute sind sie krank.
Ihre Arbeitgeber haben nicht nur ihre Arbeit genommen, sie haben die Arbeitskraft der beiden so stark ausgenutzt, daß diese nun ausgelaugt sind. Beide sind in ihrer Erwerbstätigkeit beeinträchtigt, um 60% bzw.80%.
Noch kein Unternehmer wurde durch seine Arbeit um 60% erwerbsunfähig.
Welche Wohnung können Herr S. und seine Frau beanspruchen?
Wie jeder Mieter, eine menschenwürdige Wohnung, d.h. für Herrn S. und seine Frau: eine warme Wohnung mit Innenklo.
In welcher Wohnung wohnen sie?
Sie wohnen über der Toreinfahrt Seelingstr.44. Auf den ersten Blick scheint die Wohnung in Ordnung zu sein. Hält man sich aber längere Zeit in ihr auf, stellt man alle ihre Mängel fest: die Küche ist feucht und nur durch ständiges Heizen bewohnbar, d.h.einigermaßen trocken. die Zimmer sind fußbodenkalt. Die Fenster sind undicht. Eine derartige Wohnung ist schon unzumutbar. Dazu kommt, daß die Wohnung Außenklo hat. Frau S. wurde mehrfach operiert. Für sie ist jeder Gang zum Klo eine Qual. Die Ärztin, die Frau S. behandelt, hat deshalb geschrieben:
Zwecks Vermeidung gesundheitlicher Schäden ist die Zuteilung einer gesunden, warmen Wohnung mit Innentoilette dringend erforderlich und der Wohnungswechsel wird ärztlicherseits befürwortet.
Das gleiche hat ein Arzt für Herrn S. geschrieben.
Nachdem klar ist, daß Herr S. und Frau in einem unzumutbaren Wohnverhältnis wohnen, fragt sich: was hat das Sozialamt, was hat die NH getan, um Herrn S. und seiner Frau eine menschenwürdige Wohnung zu besorgen?
Herr S. hat an die NH geschrieben und auf die ärztlichen Atteste hingewiesen. Das war im April.

Die NH schrieb ihm darauf, daß sie ihm keine Wohnung anbieten könne. Als Herr S. jedoch nicht nachließ, bot sie ihm 2 Ersatzwohnungen an: die eine lag im 1.Stock. 42 Treppen wären zuviel für sie, das würde ihr Herz nicht aushalten. Die andere war so schlecht, daß Herr S. sie erst noch bewohnbar machen sollte. Herr S. hat dies abgelehnt.
Das Sozialamt:
Eine Mitarbeiterin des Amtes hat sich die Wohnung angesehen und gleich festgestellt, daß sie sehr kalt ist - das war im Mai.
Danch fand ein Gespräch mit dieser Mitarbeiterin, Herrn Sozialstadtrat Heinsche und den Mietern statt. Nachdem offensichtlich klar war, daß Herr S. und seine Frau in einer unzumutbaren Wohnung wohnen, verlangte der CDU-Stadtrat Heinsche eine weitere bescheinigung. Auch diese besorgte Herr S. noch. Als er schließlich wissen wollte, wann er denn nun eine neue Wohnung zugeteilt bekomme, wurde ihm geantwortet, daß er vorgemerkt sei. Vor nächstem Jahr würde das aber nichts.
D.h.Herr S. und seine Frau sollten noch einen weiteren Winter in der für sie so ungesunden Wohnung verbringen!
Herr S. hat sich an die MI gewandt. Die MI wird ihn selbstverständlich mit allen Kräften unterstützen. Nicht, weil sie dem Sozialamt die Arbeit abnehmen will, sonder weil sie das Anliegen von Herrn S. als Teil des Kampfes ansieht für die Forderung: Eine menschenwürdige Wohnung für alle, die wir auch bezahlen können!
Herr S. und die MI haben einen Brief an die NH verfaßt, in dem sie auffordert, unverzüglich eine Wohnung für Herrn S. zu besorgen. Die Begründung der NH, daß für Herrn S. keine Wohnung im Gebiet bereitstünde, ist nicht nur fadenscheinig, wenn man bedenkt, daß die NH absichtlich Wohnungen leerstehen läßt.
Für wen saniert die NH eigentlich, für wen modernisiert sie die Wohnungen z.B. in der Christstr., wenn für solche dringenden Fälle kein Wohnraum bereitgestellt werden k[illegible]?
Sollte daher tatsächlich keine geeignete Wohnung für Herrn S. zu finden sein, fordern wir die NH auf, Herrn S. zu einer für ihn tragbaren Miete eine Wohnung im renovierten Gebäude Christstr.7 zuzuweisen.
Herrichtung einer geeigneten Ersatzwohnung für Fam.S. noch in diesem Winter!
Langfristig jedoch kann das Problem nur gelöst werden, wenn die Forderungen der Mieter durchgesetzt werden: Sofortige Bereitstellung von menschenwürdigen Wohnungen im Gebiet für dringliche Fälle!
Neubau billeger Wohnungen, die wir auch bezahlen können!
Einzeln können diese Forderungen nicht durchgesetzt werden, deshalb schließt euch zusammen in der MI.

Sanierungsberatung jeden Freitag 17.30 - 19.30 Uhr, Seelingstr.14

Genossen!
Diskutiert mal Cabrols'Nada' und überlegt Euch was, falls der Film in die Stadtteile kommt!!!!

Sanierung in Schöneberg

Bericht über die Mieterversammlung vom 2.7.74

Am 2.7. haben wir in der Sophie-Scholl-Schule eine Mieterversammlung gemacht, zu der endlich auch Vertreter der Neuen Heimat, des Senat und des Bez.amts kommen mußten. Im Gegensatz zu den letzten Versammlungen waren am 2.7. nur knapp 1oo Mieter anwesend - warum zeigten nur so relativ wenige Interesse an einer Sache, die doch eigentlich jeden Sanierungsmieter betrifft?

Auf der Versammlung mußte als erstes Herr Eggeling vom Bausenat zugeben, daß die von den Mietern geforderte Erörterungsveranstaltung in der Tat längst überfällig sei. Sein Versuch, dies auf verwaltungsinterne Querelen zurückzuführen, erntete allerdings Gelächter. Daraufhin versicherte er schnell, daß die Erörterungsveranstaltung nach der Sommerpause nachgeholt werden solle.

Außer diesem vagen Wersprechen wurde an diesem Abend von den sog.Offiziellen kaum konkrete Informationen auf die vielen Fragen der Sanierungmieter gegeben, so daß am Ende der Veranstaltung eine Mieterin treffend feststellte:"Die reden doch nur um den heißen Brei herum."

Hausgemeinschaft erringt Erfolg

Die Mieter der Dennewitzstr.32 (im sozialen Wohnungsbau 1954 gebaut) wollten sich von vornherein nicht mit leeren Versprechungen abspeisen lassen. Auf zwei vorangegangenen Hausversammlungen hatten sie gemeinsam eine Resolution verfaßt und unterschrieben, die sie den "Offiziellen" am 2.7. in der Sophie-Scholl-Schule überreichten. Sie forderten, daß ihr Haus aufgrund der guten Bausubstanz modernisiert werden sollte. Wenn sich der Abriß aber überhaupt nicht vermeiden ließe, so würden sie erst dann ausziehen, wenn sie in die noch zu erstellenden Neubauten am Bülowbogen umgesetzt würden. Prompt wurde die Hausgemeinschaft daraufhin zu einer Extrabesprechung bei der NH eingeladen, wo ihnen bestätigt wurde, daß sie zun zunächst einmal bis zum nächsten Frühjahr in ihren Wohnungen bleiben können und dann eine Ersatzwohnung im Kietz erhalten sollen.

Die Häuser verrotten - Die Mieten steigen

Für das dringend Problem der erneuten Mieterhöhung fühlte sich keiner der anwesenden "Offiziellen" verantwortlich. Immerhin konnten wir rausquetschen, daß die NH (die privaten Hausbesitzer allerdings nicht) vom Senat angewiesen wurden, in Häusern, die 1974 - 76 freigemacht werden, die Miete nicht mehr zu erhöhen. Die Mieter sprchen sich einmütig gegen diese Zeitbegrenzung aus, da ja bekanntlich in die anderen Häuser dis Sanierungsgebietes auch nichts mehr investiert wird. Ein Senatssprecher dazu: "Dann dürften ja fast in ganz Berlin die Altbaumieten nicht mehr erhöht werden." - Eben.

Wir brauche ein Mieterzentrum!

Aus dem Verlauf der Mieterversammlung ist allen klargeworden, daß sich die "Offiziellen" nicht verantwortlich fühlen (Schmidt dom Pausenat:"Wir sind nicht in der Lage, einen permaneten Dialog mit den Mietern zu führen....Setzen sie sich doch selbst zusammen!"). Wir fordern deshalb von der NH einen ihrer viel en leerstehenden Läden, wo wir uns treffen können, um unsere Probleme, die wir als Sanierungsmieter haben, besprechen zu können.

Allersings werden uns die "Offiziellen" nicht ohne den entsprechenden Druck aller Mieter - der schon durch Unterschriften etwas wirksam wird - ein solches Mieterzentrum (wie es in Charlottenburg bereits existiert) zur Verfügung stellen, da sie nicht einmal bereit waren, die Saalmiete der Sophie-Scholl-Schule von 1o5 DM zu übernehmen, die die Mieter durch Sammeln selst aufbringen mußten. Wir beginnen deshalb in den nächstan Tagen mit einer Unterschriftensammlung zu Unterstützung der Forderung nach einem Mieterzentrum.

Mietergruppe im Sanierungsgebiet Schöneberg

Für die Rausgegangenen...

CHANGEONS LA VIE
internationales studien- und begegnungszentreum
st-martin des olmes, 63
puy-de-dome

liebe genoss(inn)en,
wir freuen uns, euch ankündigen zu können, daß sich dank den bemühungen einer gruppe von jungen leuten und militanten linken ein neues studien- und begegnungszentrum in st-martin-des-olmes konstituiert hat.
sozialistisch und internationalistisch orientiert, aber parteiunabhängig bietet euch unser zentrum eine vielfalt von beschäftigungen und begegnungen:
- ein ferienzentrum für kulturelle und künstlerische betätigung, das sich prinzipiell an junge leute - franzosen und ausländer, jungen und mädchen ab 18 jahren richtet,
- eine "sommeruniversität", die sich den allgemeinen problemen des sozialismus in frankreich und in der welt widmet, sowie den großen aktuellen sozialen, politischen und internationalen problemen. das zentrum ist allen offen - jungen leuten und militanten linken,
- ein forschungszentrum auf dem gebiet des sozialismus in unserem jahrhundert.

das zentrum befindet sich in einem alten kloster am wald, in der nähe eines kleinen dorfes.
wir würden uns über eure mitarbeit an unserem projekt freuen. jedenfalls laden wir euch ein, uns in st-martin-des-olmes zu besuchen. das zentrum ist vom 2o.juni bis zum 2o.sept. durchgehend geöffnet.
wir hoffen auf euren besuch und eure untersützung.
mit sozialistischen grüßen
maurice pagat, alain mercier

Wir sind ganz auf Ur-laub eingestellt... dann bis Herbst

Im übrigen wünschen wir hauptsächlich den Genossen - und das nicht nur in den Ferien -

Marks in den Knochen

und

Engel/s im Bett

Der SOMMERWITZ zum Abgewöhnen

Wie aus amtlichen Quellen verlautet, fällt die KPD/AO demnächst unter das Kartellverbot. Die Vielzahl der Firmenschilder (KSV, KOV, KJV, Liga ...) lassen auf eine Konzernbildung und Marktabsprache schließen.
Die Konsequenz der KPD/AO:
FÜR freie Konzentration und Expansion !!
WEG MIT dem imperialistischen Kartellgesetz !!
FÜR freien politischen Wettbewerb!!

DER SUBVERSIV-TIP:

● Vor dem Urlaub:

Fernseher abstellen!

„Vielleicht interessiert es Ihre Leser, daß man während des Urlaubs Rundfunk und Fernsehen abbestellen kann und somit 10,50 Mark spart", schreibt Herbert H. Vielen Dank für den Tip. Die Pressestelle der Landespostdirektion bestätigte uns dies. Die Abmeldung gilt jedoch nur für volle Kalendermonate, also nicht vom 15. 8. bis 14. 9. zum Beispiel. Sollten Sie von dieser Möglichkeit Gebrauch machen wollen, dann muß die Abmeldung bis zum Ende des Vormonats bei der Rundfunkabrechnungsstelle vorliegen.
Wenn Sie die Gebühren automatisch von Ihrem Konto abbuchen lassen, dann geben Sie in Ihrem Schreiben vorsorglich gleich Ihre Kontonummer an.

It's your TIME

lip - larzac - même combat

schon im letzten sommer trafen sich im larzac, einem hochplateau im süden von frankreich, fürchterlich viele leute (der spiegel zählte 5o ooo) von überall dort, wo in frankreich kämpfe stattfanden (lip, bauern, separatisten) zu einem großen volksfest. diesen sommer findet dort auch wieder eins statt vom 16.-18.8.
wer mehr drüber wissen will, im "links" vom juli steht was über die hintergründe und eine kontaktadresse: lothar baier, 6 ffm 7o, gutzkowstr.5

FAZ

Richter verbietet Flagge gegen Mietwucher

x. FRANKFURT, 11. Juli. Einem jugoslawischen Ehepaar in Frankfurt ist von einem Mietrichter des Frankfurter Amtsgerichts mit einer einstweiligen Verfügung verboten worden, aus dem Fenster ihres Zimmers ein Flaggentuch mit der Aufschrift „Gegen Mietwucher" zu hängen. Falls die Flagge nicht eingezogen wird, droht die von dem Hausherrn erwirkte einstweilige Verfügung dem Ehepaar Geldstrafen von unbegrenzter Höhe und Haftstrafen bis zu sechs Monaten an. Der Mietrichter hatte nicht darüber zu entscheiden, ob die Miete von 195 Mark für das leere Zimmer inklusive Nebenkosten überhöht ist. Das Ehepaar, das nur etwa die Hälfte dieser Summe für angemessen hält, [illegible] damit, daß die Flagge nicht gegen den Hausherrn gerichtet gewesen sei. Vielmehr habe es mit der Flagge lediglich die Bestrebungen der Regierung begrüßen wollen, den Straftatbestand des Mietwuchers neu zu regeln. Der Mietrichter pflichtete jedoch der Auffassung des Hausherrn zu, daß sich die Parole „Gegen Mietwucher" offenkundig auch gegen den Vermieter richte. Der Richter begründet den Erlaß der einstweiligen Verfügung unter anderem damit, daß auch dem Recht der freien Meinungsäußerung Grenzen gesetzt seien, zum Beispiel vom Privatrecht. Weil dem Mieter kein Recht auf irgendeine Benutzung der Hausfassade [illegible] könne ihm auch nicht die Benutzung der Hausfassade als Aushangtafel für demonstrative Zwecke eingeräumt werden. (Aktenzeichen: 33 C 4406/74.)

MIET WUCHER

Politladen Erlangen

– das ist die Buchhandlung in Erlangen, die für die regionale Linke und alle Interessierten alles besorgt und am Lager hat, was für Theorie und Praxis notwendig ist oder werden kann, und wo die hiesigen Gruppen ihre Materia-
lien und Informationen bekannt machen und austauschen.
das ist der Versand marxistischer Literatur, vor allem in die Orte mit den vierstelligen Postleitzahlen und ins Ausland, um auch die vom Kommunika-
tionsfluß in den Metropolen Abgeschnittenen in diesen einzubeziehen und ihnen alles für ihre Arbeit Nötige zur Verfügung zu stellen.
– das ist der Verlag und Vertrieb sozialistischer Literatur

– das ist die Druckerei, die als Instrument der regionalen Linken wie auch überregionalen Gruppen und Verlagen zur Verfügung steht.

Der Politladen Erlangen arbeitet auf genossenschaftlicher Basis, es existiert keine
Möglichkeit der privaten Aneignung der gemeinsam geschaffenen Werte. Be-
schlüsse werden von allen hier Arbeitenden gefaßt – durch persönliche Mitarbeit
der Einzelnen in lokalen Gruppen sowie durch die Abhängigkeit eines solchen
Projekts von der sozialistischen Bewegung wird die Verselbständigung verhindert.
Klar sein muß, daß Arbeit im Politladen nicht die politische Praxis ersetzt;
ebenso klar sein muß, daß ein Projekt wie dieses keine Spielwiese ist, auf der
realitätsferne Freiräume geschaffen werden könnten. Denn immerhin gibt es ja
noch den . . .

Die eine Seite...

Politladen Erlangen

... Kapitalismus! Das heißt für den Politladen, so zu arbeiten, daß er als Pro-
duktions- und Handelsbetrieb existenzfähig ist. Das heißt Mehrwertschaffung,
Akkumulation, Kalkulation zu kostendeckenden Preisen, Buchführung, Finanz-
amt, Versicherung, Werbung, Entfremdung, Lohn(erhöhung, wenn auch für alle
gleich und überhaupt recht durchschnittlich). Anders zu „wirtschaften" hieße
technische und organisatorische Mittel für die sozialistische Bewegung faktisch
aufzugeben, da der Konkurs nur eine Frage der Zeit wäre.
Diese unumgänglich notwendige Art des Arbeitens stößt aber auf ein erhebliches
Hindernis: den Kapitalmangel. Wenn man ohne Kapital anfängt und gleichzeitig
versucht, den ganzen Laden auszubauen, damit er leistungsfähiger wird und auch
Krisen und Repressionen kleineren Umfangs ihn nicht umwerfen, bleibt nichts
zum akkumulieren. Hauptschwierigkeit: Alle Kosten müssen bezahlt werden,
bevor das Geld aus dem Verkauf an Buchhandlungen, Verlage, Versandkunden
usw. eintrifft, so daß ständig ein großes Finanzloch – verursacht durch diese
Zeitdifferenz entsteht. „Normale" Firmen nehmen dann die Kredite der Ban-
ken in Anspruch, bei uns klappte das nie. Zum einen haben wir die Grundstücke
nicht, die als Sicherheiten gewünscht wären, zum anderen ist die Geldgier der
Banken nicht immer so groß, daß sie ihren eigenen Untergang auch noch finan-
zieren möchten. Daher die dringende Bitte an alle Genossinnen und Genossen,
Freunde und Leser(!): Statt Sparbücher anzulegen uns Darlehen zu gewähren!
100 Linke mit 500 DM oder 50 mit 1.000 DM müßten doch schaffen, was die
eine Bank mit 50.000 nicht will! Schreibt uns, wenn Ihr solche Kreditmöglich-
keiten seht, wir schicken Euch einen Vertrag (Kündigungsfristen, Zinsen usw.)
und mehr Informationen. Bitte bald reagieren, bevor es zu spät ist. Schreibt an
den Politladen, 8551 Gaiganz.

...und die andere

Ein 71-jähriger Alt-Genosse (KAP) aus Lichterfelde unterstützt das INFO ab und an durch die Zusendung der Zeitung "MAHNRUF". Man kann zumindest mal 'reingucken (Adresse: W. Pilz, 8906 Gersthofen, Langemarckstr. 21 a).

Hier ist sein Brief ans INFO (leicht gekürzt):

Liebe Genossen,
Ich schicke Euch heute nochmal den 'Mahnruf', eine Zeitung, die den Schwindel nicht mitmacht mit den heute bestehenden wenigstens 40 Gruppen, Grüppchen und Sekten. Wir nennen uns Rätekommunisten und wollen daran mitarbeiten, daß endlich dem Sektierertum der Kampf angesagt wird und eine Klassenorganisation geschaffen wird, in der alle einen Platz haben, die eine klassenlose Gesellschaft wollen. Die einen laufen Stalin nach, der Millionen seiner eigenen Genossen umgebracht hat. Die anderen Trotzki, der den Rest der Rätebewegung in Kronstadt im Kugelregen erledigt hat.
Alles, was sich heute sozialistische Staaten nennt, hat mit Sozialismus nichts gemeinsam. Es gibt noch ein paar ehrliche Sozialisten in der SPD, die glauben, aus einem Misthaufen noch eine marxistische Organisation zu machen. Auch diese müssen wir gewinnen.
Wenn wir die Einheit nicht schaffen, wird wieder der Faschismus siegen und dann werden wir zu Verrätern .....

Mit kommunistischen Grüssen
aus der Blochmannstraße.

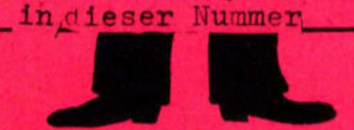


Bekanntmachung!

Das Info wird mit
dieser Nummer bis
Anfang September
eingestellt.



Änderungen sind mög-
lich!!!!!!!!
Siehe Plenumsprotokoll
in dieser Nummer



Das Info gibt's

Buchladen am Savignyplatz,
Pol. Buch, Lietzenburger Str.,
Commune, Unter den Eichen,
Kreuzberger Bücherstube, Kott-
busser Damm
Bergengruensche Buchhandlung,
19, Schloßstr.29,
Zeitungsstand am Zoo unter der
S-Bahn-Brücke,
Zeitungsstand Kudamm/Giesebrecht-
str.,
Dilldop, Leibnitzstr.,
Schlauch, Rathenowerstr.,
Kastanie,19, Schloßstr.,
Gittas gute Stube,Spandauer Damm
Liliom, Martin-Luther-Str.,
Drehscheibe, Pfalzburger Str.,
Bali,
Arsenal, ...

Motorräder.Summertime-Blues.Wenn "Er" läuft dannrollts, und wenn nicht?Repariere "ihn"dann wieder, as fast as Ican.BMW,MZ,Jawa,DB-Diesel u.Vau Wees.Bin Kfz-Mechaniker.Claus 8867505.250 ccm MZ,1Jahr alt,neuer Motor,Tüv zu verkaufen.

Heuer fehlen in unserem Tanzkursus (Tango,Foxtrot,English Waltz)noch einige weibl.Partnerinnen(auch Lehrkräfte angenehm).Reizende Atmosphäre von"Heut bin ich gut aufgelegt" (Oskar Joost und sein Orchester, Eden Hotel Berlin)bis"Tango mexicain"(Spezialität unseres brasilianischen Impresarios)..
Walde-Verlags+Theater Gesellschaft Abt."Tanz bei Franz".1/36,WALDEmarstr.33,im Hof.Tel.6141040

INHALT

